

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,50 Mk. monatlich 1,10 Mk.
Wochensatz: 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 9. März 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Erfolgreicher deutscher Vorstoß links der Maas nördlich Verdun

Verteuerung des Post- und Güterverkehrs.

Die Post ist eine Kulturreinrichtung ersten Ranges und die Förderung vernünftiger Politik muß dahin gehen, daß der Postverkehr so billig als irgend möglich sei.

Rum kommt aber der Schatzkammer und schlägt vor, während des Krieges aus dem Postregal erhöhte Beträge herauszuwirtschaften durch Erhöhung der Gebühren.

In dem Gesetzentwurf werden die Zuschläge zu den Gebühren als „Kriegsabgabe“ bezeichnet, in der Begründung dagegen ist von einer „Kriegsabgabe“ die Rede.

Aber auch eine Verringerung des Entwurfs dahin, daß die Zuschläge nur für die Dauer des Krieges gelten sollen, würde die Sache nicht besser machen.

Der zweite Gesichtspunkt, die Verteuerung des Handelsverkehrs, erhält ebenfalls in der Kriegszeit eine besondere Bedeutung.

Der zweite Gesichtspunkt, die Verteuerung des Handelsverkehrs, erhält ebenfalls in der Kriegszeit eine besondere Bedeutung.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 8. März 1916. (W. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Gegen die von uns zurückeroberte Stellung östlich des Schöfies Maisons de Champagne setzten die Franzosen am späten Abend zum Gegenangriff an.

Auf dem linken Maasufer wurden, um den Anschluß an unsere rechts des Flusses auf die Südhänge der Côte de Salon, des Pfefferrückens und des Donnamont vorgeschobenen neuen Linien zu verbessern, die Stellungen des Feindes zu beiden Seiten des Forges-Baches unterhalb von Bethincourt in einer Breite von sechs und einer Tiefe von mehr als drei Kilometer gestärkt.

In der Woivre wurde der Feind auch aus den letzten Häusern von Frednes geworfen, die Zahl der dort gemachten Gefangenen ist auf elf Offiziere, aber siebenhundert Mann gestiegen, einige Maschinengewehre wurden erbeutet.

Unsere Flugzeuggeschwader bewarfen mit feindlichen Truppen besetzte Ortschaften westlich von Verdun mit Bomben.

Ostlicher Kriegsschauplatz. An mehreren Stellen der Front wurden russische Teilangriffe abgewiesen.

Die Eisenbahnstrecke Vjachowitschi (Südöstlich von Baranowitschi) - Luniniec, auf der starker Bahnverkehr beobachtet wurde, ist mit gutem Erfolge von unseren Fliegern angegriffen worden.

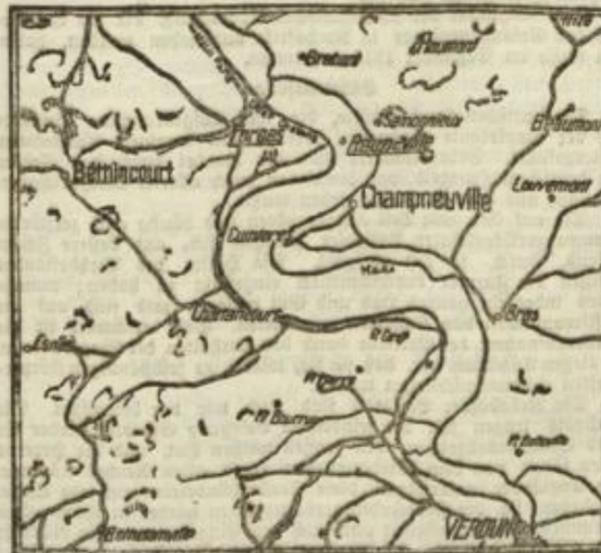
Balkan-Kriegsschauplatz. Nichts Neues. Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 8. März. (W. L. S.) Amtlich wird veröffentlicht, 8. März 1916:

Russischer Kriegsschauplatz. An der Front der Armee des Generalobersten Erzherzog Josef Ferdinand war auch gestern die Weichheit zeitweilig lebhafter. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz. Ruhe. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Doerfer, Feldmarschalleutnant.



Zu den Kammern nördlich Verdun.

Der Konkurrenz zu steigern, wie überhaupt die Konkurrenz der Verkäufer untereinander stark abgeschwächt ist. Daher werden die Bedenken, die gesteigerten Geschäftskosten, wie sie aus der Verteuerung des Postverkehrs entstehen, auf die Verbraucher abzuwälzen, ausgeschlossen.

Außer der Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren schlägt die Regierung auch noch eine starke Erhöhung der Frachtkosten vor. Bisher waren nur Frachtbriefe über ganze Wagenladungen stempelpflichtig und die Sätze waren niedrig: bei einem Frachtbetrag bis zu 20 Mk. waren 20 Pf. zu entrichten, bei höherem Frachtbetrag 25 Pf., gleichviel ob es sich um gewöhnliche oder Eilfracht handelte.

Der Schatzkammer rechnet mit sehr hohen Erträgen. Die Erhöhung des Frachtbriefstempels soll 80 Millionen einbringen, die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren 200 Millionen.

Beim Frachtbriefstempel war die Einnahme in den letzten Friedensjahren rund 18,5 Millionen Mark pro Jahr. Da die Sätze um das Fünf- und Sechsfache erhöht werden und der Stückgutverkehr der Abgabe unterworfen wird, so ist wohl anzunehmen, daß in Friedenszeiten die 80 Millionen erzielt werden, wenn das Gesetz angenommen wird.

Ganz rätselhaft klingt die Ziffer von 200 Millionen Mark Mehreinnahme aus den Post- und Telegraphengebühren. Hier handelt es sich um die Einnahmen in der Kriegszeit, es soll ja eine Kriegsabgabe sein. Nun sind die Einnahmen der Post im hohen Grade von der wirtschaftlichen Konjunktur abhängig, was durchaus erklärlich ist, da bei günstigem Geschäftsgange die Zahl der Geschäftsbriefe und Telegramme stark ansteigt.

Wir können daher, was wir in bezug auf die Verteuerung des Post- und des Eisenbahnverkehrs wiederholen: diese fiskalischen Pläne sind eine schwere Beeinträchtigung der großen Masse der Bevölkerung, dagegen erscheint der Effekt in bezug auf die Reichseinnahmen in hohem Grade zweifelhaft.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 7. März. (W. L. S.) Amtlicher Bericht von Dienstag nachmittag. In den Argonnen schlugen wir einige Veruche des Feindes, den Wüstenrichter bei Haute-Chepance zu besetzen, zurück. Unsere Artillerie setzte die Beschließung der feindlichen Verbindungswege fort.

linie vorwärts kommen. Ein sehr heftiger, im selben Augenblicke von ihnen angelegter Angriff auf die Höhe 206 brachte sie in Besitz dieser Höhe trotz der schweren Verluste, die ihnen unter Artillerie- und Maschinengewehrfeuer zufügte. Wir hielten das Dorf Bethincourt, die Gebirge westlich des Rabenwaldes, Camieres und den oberen Teil der Côte de l'Die. Der Artilleriekampf dauerte mit großer Heftigkeit während der Nacht östlich der Moas, in der Gegend von Gros und Harbaumont sowie in der Boebre an. In Abschnitte von Fresnes zogen wir uns bis zum Fuße der Côte de Lorraine zurück.

Paris, 8. März. (B. L. Z.) Amtlicher Bericht von Dienstag abend. In den Argonnen haben unsere Abwehrgefechte in der Gegend von Avocourt ein deutsches Flugzeug abgeschossen, das in unsere Linien fiel. Die beiden Piloten wurden verwundet und zu Gefangenen gemacht. Westlich der Moas dauerte die Beschließung mit Granaten schwerer Kaliber mit Heftigkeit an. Im Laufe des Tages vermehrte der Feind seine Infanterieunternehmung zwischen Bethincourt und der Moas. Seine Angriffe wurden zurückgewiesen außer im Abschnitt des Rabenwaldes, wo der Feind Fuß fassen konnte. Deshalb der Moas hat der heftige Artilleriekampf in der Gegend des Gebirges von Harbaumont gedauert. Die Deutschen sind in eine Verschanzung eingebrochen, aus der sie unser Gegenangriff sofort wieder hinausschickte. In der Boebre hat der Feind das Dorf Fresnes nach kurzem Kampfe, der ihm beträchtliche Verluste verursacht hat, besetzt. In den Wäldern haben wir Lager bei Dissenbach östlich von Mühlbach und Gräben des Feindes in der Gegend von Wattweiler besetzt.

Belgischer Bericht. Auf der belgischen Front war der Tag ruhig.

### Die englische Meldung.

London, 7. März. (B. L. Z.) Englischer Kriegsbericht. Der heutige Tag war ruhig, nur in der Nähe des Hohenzollernwerkes machte der Feind nachts ohne Erfolg drei Bombenangriffe. Heute wurde von fünf Flugzeugen geleitet. Im Abschnitt von Dinaburg dauerte der lebhafteste Handgranaten- und Minenkampf bei Flugt um den Besitz der Sprengtrichter an.

### Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 7. März. (B. L. Z.) Westfront: Feindliche Artillerie beschoß ausgiebig die Gegend südlich Daken, ihr Feuer wurde von fünf Flugzeugen geleitet. Im Abschnitt von Dinaburg dauerte der lebhafteste Handgranaten- und Minenkampf bei Flugt um den Besitz der Sprengtrichter an.

Kaukasusfront: Unsere Abteilungen warfen die Türken von Papabra weiter zurück, sie erbeuteten wiederum eine Kanone. Persien: Wir besetzten Kola, vierzig Werst westlich von Azerbaidshan.

### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 7. März. (B. L. Z.) Amtlicher Bericht. An der ganzen Front nur lebhafteste Artillerieaktivität und Zusammenstöße kleiner Abteilungen.

### Die Reste des serbischen Heeres gehen nach Saloniki.

Die „Frankfurter Zeitung“ erzählt aus Paris: Die „Journal“ aus Korfu meldet, wird eine erste Brigade von serbischen Einheiten am 15. März von Korfu nach Chalkidiki abgehen. Der übrige Teil des Heeres soll sich ohne Unterbrechung anschließen. Prinz Alexander und Paschitsch werden sich in Paris mit dem französischen Generalstab über die Führung der Operationen verständigen. Das serbische Heer wird selbständig aber in enger Verbindung mit den anderen Streitkräften der Alliierten bleiben. Generalstabschef Sjomilich wird mit General Sarrail den Plan, den die Serben in Saloniki einnehmen sollen, bestimmen. Französische Offiziere betreiben gegenwärtig die Standortquartiere für die Serben auf der Chalkidiki vor.

### Englische Urteile über die Erfolge der „Röwe“.

London, 7. März. (B. L. Z.) „Manchester Guardian“ schreibt in einem Leitartikel: Die „Röwe“ ist das erste deutsche U-Boot-Schiff, das die sehr effektive englische Blockade zweimal, erstens auf der Ausreise und zweitens auf der Heimfahrt durchbrochen hat. Die „Röwe“ hat 50 000 bis 60 000 Tonnen britischen Schiffsräum vernichtet und wenn man in Betracht zieht, welche Warenmengen die vernichteten Schiffe während eines Jahres nach England hätten einführen können, so ist die britische Einfuhr um ein volles Prozent verringert. Der Mangel an Schiffsräum ist eine sehr ernste Sache, und es ist sehr wichtig, Kreuzfahrten wie die der „Röwe“ nicht ernst zu nehmen. Das Blatt verlangt besondere Maßnahmen gegen das Wiedervorkommen solcher Blockadebrüche.

Der Redakteur der „Times“ schreibt: Es wäre sehr unangenehm und beunruhigend, wenn viele andere Raider so viel Glück hätten, wie der Kapitän der „Röwe“. Die Vermutung der „Times“ scheint besonders gut gewesen zu sein. Der Kapitän führte ein verwegenes Abenteuer mit Gefahr und Ruhm und wird dafür jedenfalls in Deutschland allen Ruhm ernten, den er verdient hat.

### Weitere Beschlagnahme deutscher Schiffe durch Portugal.

Lissabon, 8. März. (B. L. Z.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Regierung von Lourenco Marques beschlagnahmte am Sonnabend vier deutsche Schiffe „Admiral“, „Essen“, „Aronprinz“ und „Hol“. Ungefähr vierhundert Offiziere und Matrosen wurden interniert.

Lissabon, 8. März. (B. L. Z.) Nach einer Meldung aus London, werden die in portugiesischen Häfen aufgelegten deutschen Handelsdampfer nach Entfernung der deutschen Besatzung von englischen Schiffahrtslinien in Betrieb genommen. Die Dampfer sollen für den Transport von Kohlen und Kriegsmaterial von England nach Italien und Saloniki verwendet werden. Die portugiesische Regierung hat die Dampfer für die Dauer des Krieges an eine große Lissaboner Firma verchartert, welche ihrerseits die Vercharterung an die englischen Linien vermittelt.

### Amerika und die U-Bootsfrage.

Washington, 7. März. (B. L. Z.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Das Repräsentantenhaus beschloß mit 256 gegen 160 Stimmen die Beschränkung der Debatte über

die Resolution betreffend die Unerseeboot-Kriegsführung ähnlich der Resolution Gore im Senate.

Washington, 8. März. (Von dem Vertreter des B. L. Z.) Der Geschäftsordnungsantrag, welcher die Plenardebatte über den Antrag auf Vertagung der Resolution McVernore betreffend Reisen von Amerikanern auf bewaffneten Schiffen zeitlich beschränkt, wurde mit 271 gegen 138 Stimmen angenommen. Die Abstimmung des Repräsentantenhauses bedeutet ebenso, wie diejenige im Senat über die Resolution Gore, daß die Majorität beider Häuser dem Wunsche Wilsons entgegenkommt, daß, solange ein Abschluß der diplomatischen Verhandlungen mit Deutschland noch aussteht, Wilson durch irgendwelche Tätigkeit des Kongresses nicht beeinträchtigt werde. In der Debatte über den Geschäftsordnungsantrag sagte Man, der Führer der Republikaner, wenn wir richtig berichtet sind, wünscht der Präsident unsere Meinung über die Frage der Reisen von Amerikanern auf bewaffneten Schiffen; wenn wir jetzt sagen, die Resolution McVernore geht auf den Tisch, so äußern wir keine Meinung über jenen Gegenstand, es sei denn, daß man diese unsere Handlungsweise als eine Einladung zu solchen Reisen auslegen wollte. Ich bin nicht dafür, eine solche Einladung ergehen zu lassen, welche uns in die internationalen Verwicklungen hineinziehen könnte.

New York, 8. März. (Von dem Vertreter von B. L. Z.) Das Repräsentantenhaus hat die Resolution, welche eine Warnung an die Bürger der Vereinigten Staaten vor Reisen auf bewaffneten Handelsschiffen der Kriegführenden vorschlug, mit 276 gegen 143 Stimmen veragt.

### Der Krieg in den deutschen Schutzgebieten.

In der siebenten Mitteilung des Reichs-Kolonialamts über die Kämpfe in den Schutzgebieten werden über

#### Kamerun

folgende Ausführungen gemacht:

Im Südosten hatten die deutschen Truppen nach dem Fall der Komo-Stellung am 31. Mai 1915 nicht mehr verbleibende Lombe zu halten. Nach Zerstörung der Station hatten sie sich an der oberen Dscha zurückgezogen, dessen Linke sie gegen nachdrängende Teile der Sanga-Kolonie hielten.

Im Osten hatte Ende Juni die französische Sobane-Kolonie unter dem Oberst Morisson mit starken Kräften den Stadel übergriffen und die fünfte Kompanie hinter den Kiangi-Fluß gedrängt. Nachdem am 21. Juli nach zweitägigen Kämpfen auch diese Stellung vom Gegner genommen war, zogen sich die deutschen Truppen nach Kammung und Zerstörung von Dumme und Abong-Abong auf die Abong-Linie zurück.

Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz waren wenige Tage nach der Uebergabe von Garua eine vom Oberstleutnant Sebb Bowen geleitete, aus je zwei englischen und französischen Kompanien bestehende Kolonne nach Ngoundere marschiert und hatte den militärisch wichtigen Platz besetzt. Dieser fliegenden Kolonne waren weitere Truppen unter Oberstleutnant Brijet am 20. Juni gefolgt. Ihnen waren fünf Geschütze beigegeben, darunter das 95-Millimeter-Geschütz, das Garuas' Fall vor allem herbeigeführt hatte. In Kamerun waren als Besatzung zwei englische Kompanien unter einem französischen Hauptmann als Kommandanten zurückgelassen. — Der Besitz von Ngoundere war bald diejenige von Tingere gefolgt. Der Feind hatte mit starken Kräften auf dem Nordrand des Kameruner Hochlandes Fuß gefaßt; vor ihnen mußten sich die Schwachen, an Zahl weit unterlegenen deutschen Truppen auf Abati zurückziehen.

Ueber die Kämpfe, die der Räumung von Jaunde durch die deutschen Truppen vorausgegangen sein werden, liegen Meldungen noch nicht vor. Nachdem es den Franzosen und Engländern gelungen war, mit starken, den deutschen Truppen vielfach überlegenen Kräften das Hochland westlich Jaunde zu erreichen, vertrieben die Schutztruppe ihren weiteren Vormarsch nur noch zu verzögern, um so die Räumung Jaundes und die Heranziehung der auf entfernteren Schauplätzen noch stehenden Teile zu ermöglichen. Eine Verteidigung des Ortes oder der in der Nähe etwa vorbereiteten Vergeltung war gegenüber der gewaltigen artilleristischen und zahlenmäßigen Ueberlegenheit des Feindes völlig aussichtslos. Nur der Rückzug nach dem spanischen Rumi-Gebiet lag noch in Frage. Er erfolgte auf der von Jaunde über Eholowa auf Bata führenden Straße, die in monatelangem heftigen Kämpfen von der Südbatterie unter dem Hauptmann v. Hagen gegen die Angriffe der von Kampe und Djem in starker Uebermacht andrängenden Feinde besetzt war.

Vor einigen Tagen haben die Zeitungen die amtliche englische Nachricht gebracht, daß die Besatzung von Mora sich ergeben habe; Munitionsmangel habe sie zu diesem Schritt gezwungen. Mit Mora ist der letzte Platz Kameruns gefallen, auf dem die deutsche Flagge noch wehte. Das Schutzgebiet ist jetzt seinen Feinden ausgeliefert. Seine Ueberlebenden sind auf das Gebiet von Spanisch-Rumi übergetreten.

#### Zogo

Was die Frage der deutschen Handels- und Finanzunternehmungen in dem von den Engländern besetzten Teile Zogos anlangt, so liegen Nachrichten vor, nach welchen die englische Verwaltung anscheinend den Geschäftsbetrieb deutscher Firmen durch Schließung von Faktoreien erschwert. In dem von den Franzosen besetzten Teile Zogos wird nach wie vor der Handelsbetrieb der deutschen Firmen verhindert.

Das Schicksal der früher in Dahomey gefangen gehaltenen Deutschen hat sich seit der letzten Veröffentlichung insofern gebessert, als der ihnen Bildung von der französischen Regierung verwehrt Postverkehr nunmehr freigegeben worden ist. Es sind jetzt Einzelteilungen von Urteilen, Geld und Paketen an die sogenannten Dahomeygefangenen zulässig.

Die Mitglieder der schweizerischen Abordnung, die für den Besuch der Gefangenenerlager in Nordafrika ausersehen wurden, haben ihre Reise im Dezember 1915 angetreten.

#### Südwestafrika

Die deutschen Kaufgeschäfte, die ihre ausgebrachten Bestände aus der Kapkolonie ergänzen, werden mit wenigen Ausnahmen weitergeführt. Sehr erschwert wird der Handel durch das Fehlen von deutschem Hartgeld, das die Union durch allerlei Maßnahmen fast ganz aus dem Lande zu ziehen wußte.

Die auf ihre zum Teil ausgeraubten und häufig auch zerstörten Farmen zurückgekehrten Ansiedler schlugen sich, auf bessere Zeiten hoffend, durch, so gut es geht. Die Hälfte des Viehbestandes scheinen die Farmer durchschnittlich eingebüßt zu haben; manche haben indes ihr ganzes Hab und Gut verloren und sind auf die Balfreundschaft von Nachbarn angewiesen. Sehr erschwert ist die Wiederhernahme der Betriebe durch das Verhalten der Eingeborenen. Es liegen Anzeichen vor, daß sie sich wieder zu selbständigen Körperlichkeiten zusammenschließen wollen.

Die Rehobother Bastards sind nach wie vor bewaffnet. Die Witboois tragen seit der feindlichen Besetzung Gibeons wieder ihr altes Stammeszeichen, den großen weißen Hut, und die Dereros sollen sogar von dem Wiedererheben ihres alten Reiches träumen. Die Engländer unterjügen diese Sonderbündelchen auf jede Weise. So haben sie die Fellschutzhüterhottentotten wieder in ihrem alten Stammesgebiet angesiedelt und auch den Eingeborenen die Mäcker nach Südwest gesteckt, die sich aus Furcht vor Strafe wegen ihrer

Verbrechen seit Niederwerfung des Aufstandes außerhalb des Schutzgebietes aufhielten.

Die weite Bevölkerung, namentlich der unbewaffnete Farmer fürchtet daher — dies geht aus fast allen Briefen und Berichten hervor —, daß es bald zu Gewalttätigkeiten der Eingeborenen, wenn nicht gar zu Aufständen größeren Umfangs gegen die Weissen kommen wird. Ob die gegenwärtige Regierung des Schutzgebietes die Macht hat, ernstere Unternehmungen von Eingeborenen zu verhindern, erscheint zweifelhaft, da die dort befindlichen Unionstruppen zurzeit nur noch etwa 2000 Mann stark sein sollen. Begegnungen für die gegenwärtigen Verhältnisse im Schutzgebiet ist der Ausspruch, den ein englischer Offizier getan haben soll: „Wenn wir das Land nicht behalten können, dann wollen wir den Deutschen wenigstens einen großen Eingeborenenaufstand zurücklassen!“

### Die Neutralität der Schweiz.

Bern, 8. März. (B. L. Z.) Der Nationalrat setzte heute die Erörterung der Neutralitätspolitik des Bundesrats fort. Der katholisch-konservative Abgeordnete von Wallis, Tissiere, wandte sich gegen die Auffassung des Obersten Sprechers über die Neutralitätspflichten der Schweiz. Er erkannte die unüberwindliche Ausdehnungsfrage, hohe Kultur und wirtschaftliche Macht Deutschlands an, meinte aber, daß ein zu großer deutscher Einfluß auf die Schweiz gefährlich wäre.

Haeberlin (freisinnig-demokratisch) gab namens der radikal-demokratischen Gruppe die Erklärung ab, daß sie die Politik des Bundesrats trotz der Wahrung des Rechts des einzelnen, Kritik zu üben, billige. Der Redner tadelte, daß in der weissen Schweiz gegen alles, was deutsch heißt, geschimpft werde. Wenn Herr Sécréan dies bestreite, so sei er über die Vorgänge in seiner Stadt (Aarau) nicht gut unterrichtet. (Gelächter.) Die Deutsch-Schweizer wollten unbedingt neutral bleiben und wollten ihre Bündnisfähigkeit behalten, um im gegebenen Augenblick mit der Macht, die das Schweizer Gebiet nicht verläßt, gehen zu können gegen die Macht, die es verläßt. Es sei daher nötig, im Falle eines Weisheitszustand zu schaffen, der den Schweizern erlaube, mit jeder Macht zu gehen. Liege nun die Gefahr vor, daß die Schweizer angesichts des Weisheitszustandes in der Weisheit wohl mit Frankreich geschlossen gehen könnten, nicht aber mit Deutschland? Die Weisheit müsse diese Gefahr für die Neutralität der Schweiz begrenzen. Der Redner verteidigte zum Schluß den Chef des Generalstabes und den Generalstab.

Raillefaire (freisinnig), Stadtpräsident von Lausanne, stellte die Fahnenhandlung in Lausanne als die Tat unreifer Jünglinge hin und betonte, daß in Lausanne kein Haß gegen das Deutsche herrsche. Der Redner schloß mit der Versicherung, daß die Waadtländer trotz ihrer von der deutschen verschiedenen Gemütsart gute Schweizer seien. (Beifall.)

Bundespräsident Decoppet, der Chef des Militärdepartements, der zunächst verschiedene Vorkommnisse in der Armee, welche kritisiert worden waren, erörterte, stellte fest, daß vieles übertrieben und falsch dargestellt worden sei. Er redigierete die Haltung des Bundesrats in der Obersten angelegeneheit. Der Bundesrat habe gehofft, die Sache administrativ erledigen zu können, habe sie dann aber, als sich die Öffentlichkeit der Sache bemächtigte, dem obersten Kriegsgericht übergeben, um völlige Klarheit zu schaffen. Die Offiziere seien trotz ihrer großen Fähigkeiten nunmehr aus dem Generalstab entlassen worden. Die Regierung sei aufrichtig bemüht, das angerichtete Uebel gut zu machen und werde der Armee die Versicherung ihres vollen Vertrauens. (Beifall.) Eine Gesetzesrevision zur Verbesserung der Zivilgewalt über die Militärgewalt habe der Bundesrat für zwecklos, da in bezug auf die Verwendung der Armee der Vorrang der Zivilgewalt bereits unzweifelhaft vorhanden sei. Schließlich mahnte der Bundespräsident zur Einigkeit zwischen den Weissen und Deutschen, damit die Handlungsfähigkeit der Schweiz unerschüttert erhalten bleibe. (Beifall.)

Die Sitzung wurde sodann vertagt.

### Eine zweite internationale sozialistische Konferenz.

Die internationale sozialistische Kommission in Bern, die anlässlich der Zimmerwalder Konferenz eingeleitet worden war, beruft (laut „Lokal-Anzeiger“) in Uebereinstimmung mit den Vertretern der angeschlossenen Parteien, Organisationen und Gruppen und im Rahmen der in Zimmerwald gefassten Beschlüsse die zweite internationale Konferenz ein, die spätestens Anfang April stattfinden soll. Sie wird in einem noch zu bestimmenden Ort in Holland abgehalten werden. Als Hauptgeschäfte sind vorgesehen: Besprechung der Frage des Kampfes für Beendigung des Krieges, Stellung des Proletariats zu Friedensfragen, Agitation und Propaganda, bestehend aus parlamentarischer und Massenaktion und Behandlung der Frage der Einberufung eines internationalen sozialistischen Bureaus im Haag. Berechtigung zum Zutritt haben nur die Vertreter solcher politischer oder gewerkschaftlicher Organisationen bzw. Gruppen oder Einzelpersonen, die sich auf den Boden der Zimmerwalder Beschlüsse stellen. Bis jetzt haben sich 21 Organisationen und Gruppen entweder zum Zimmerwalder Manifest oder aber für den direkten Anschluß an das Internationale Sozialistische Bureau erklärt.

### Von der französischen Parteimehrheit.

Ueber die Art, wie das Organ der französischen sozialistischen Mehrheit über die Haltung der deutschen Partei berichtet, wird nach Beendigung des Krieges noch mancherlei zu sagen sein. Die Wiedergabe von Reden oder Artikeln ist oft nicht viel genauer als die französische Auslassungen in der deutschen Mehrheitspresse. Meist beschränkt sich die „Humanité“ darauf, einen Auszug ohne Kommentar zu bringen, gibt sie aber ihre eigene Meinung dazu, so kann man überzeugt sein, daß sie ein ungünstiges Urteil fällt oder ein günstiges mit soviel Wenn und Aber versteht, daß nichts mehr davon übrig bleibt.

Die „Humanité“ wendet sich durchaus nicht nur gegen die deutsche Parteimehrheit. Die Minderheit macht es ihr auch nicht recht. Besonders jetzt nicht, wo man hofft oder fürchtet (man weiß es wirklich nicht recht), daß aus der Minorität im Reichstag mit der Zeit eine Mehrheit werden könnte. Parteigenosse La Chesnais meint in einer der letzten Nummern, daß ein solcher Vorgang keine große Bedeutung für Deutschland haben würde, aber er würde die sozialistischen Parteien der Alliierten veranlassen, ihre Stellung gegenüber der deutschen Sozialdemokratie zu präzisieren.

Man müsse versuchen, zu erklären, wie aus einer Minorität von 14 Mitgliedern eine Majorität werden könne, und gehe man den Dingen auf den Grund, so erweise sich, daß dieser Wechsel nur auf Fragen der Taktik und der Opportunismus zurückzuführen sei. Er beruft sich dabei auf das Interview des Reichstagsabgeordneten Simon, das in dem Organ der sozialdemokratischen Partei Norwegens abgedruckt war, und nach dem Simon gesagt habe, daß die Fraktion einzig sei darüber, daß der Friede gefordert werden müsse, sobald die Grenzen gesichert und der Gegner zum Frieden ge-

neigt sei, eines Passus, der in der Erklärung der Reichstagsfraktion vom 4. August enthalten war.

Die Differenz beruhe also nur in den Meinungen darüber, ob der in der Erklärung vorgesehene Moment erreicht sei oder nicht, und Chesnais sagt, daß es dann kein Wunder sei, daß die Minorität eines Tages die vollkommene Einstimmigkeit der Fraktion erreicht haben werden.

Allerdings würde es eine Heberreibung nach der anderen Seite sein, wenn man dem Wechsel (der noch nicht eingetreten ist) gar keine Bedeutung beimessen wollte.

In Wirklichkeit, kann das wahre Kriterium, um zwischen „den Guten“ und „den Schlechten“ zu unterscheiden nur in der Beurteilung „der Politik des 4. August“ bestehen, wie sie von den einen und den andern gegeben wird.

Und dann, es sind nicht die Worte, die zählen, selbst nicht die Stimmen, wenn man sie als wirkungslos erkennt. Deshalb hat der Kongreß vom Dezember recht gehabt, zu erklären: „Nur wenn entscheidende Aktionen von der Sozialdemokratie oder der opponierenden Minorität vollbracht worden sind, wird man die Wiederaufnahme der Beziehungen ins Auge fassen können.“

Parteigenosse La Chesnais macht sich die Sache ziemlich leicht. Er vergißt, daß die Vertreter der französischen Majorität durchaus nicht eine absolut einwandfreie Haltung eingenommen haben, und daß an ihrer Starrheit jede Aktion zugunsten einer Verständigung, die jetzt das wichtigste wäre, scheitert. Die Vertreter der Majorität in Frankreich haben kein Recht einen Stein auf die Minorität in Deutschland zu werfen, solange sie ihre Ehren so konsequent vor den Wünschen der eigenen Minderheit verstopfen.

## Der „Populaire du Centre“ über Hervé.

Unter dem Titel „Der Hämmer Hervé“ macht sich der „Populaire du Centre“ über Hervé lustig. Er schreibt:

„Seit bald einem Jahre, während dem er sich bemüht, den Sozialismus nach dem hauptstädtischen und geschäftlichen Gedächtnis der „Victoire“, die ehemals die „Guerre Sociale“ war, zu lenken, hat der unergiebliche Herr Gustave Hervé zwei „Exerzitien“, nämlich die „Tröppe von Himmerwald“ und die „Blühenden Bazilliten“. Herr Gustave Hervé hat im Verlauf seiner Karriere, die nicht lang ist, aber die schon etwas in den Annalen der Clownerie bedeutet, viele Sachen gesagt, so daß eine oder zwei mehr nicht danach angetan sind uns zu überfordern. Aber da wir, weniger begünstigt, weniger glücklich als er, hier nicht mit aller Sorgfalt gebrochen haben, erlauben wir uns öffentlich folgende Frage zu stellen:

„Da es feststeht, daß alles Geblöde einen Hämmer voraussetzt, möchten wir wissen, wer dieser Hämmer ist; derjenige, der mit seinem ganzen Verstand, mit seiner ganzen Güte sich gegen den Krieg auflehnt und der so tausend Verfolgungen ausgesetzt ist, oder derjenige, der, wie Herr Hervé, ihn unterstützt mit einer Art höchstwillkürlichen Entzücken, wenn wir so sagen dürfen, behändert zu sein mit der Kunst der Regierenden und der Zustimmung der Besitzenden, und der nichts so riskiert als sich zu bereichern?“

Diese Abfertigung wird wohl für einige Zeit genügen!

## Vertagung der sozialistischen Resolution im italienischen Parlament.

Rom, 8. März. (B. Z. B.) Meldung der Agenzia Stefani. Nachdem die Kammerziehung vom Montag wegen Beschlußunfähigkeit aufgehoben worden war, hat das Haus am Dienstag nach Erklärungen Pantanos, Bissolatis und Salandras dem Wunsche Salandras entsprechend in namentlicher Abstimmung mit 285 gegen 25 Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen, die Resolution der offiziellen Sozialisten auf Unterstützung der Familien der Eingezogenen zu vertagen.

Bern, 8. März. (B. Z. B.) Nach der italienischen Presse hat die Kammer sich gestern fast ausschließlich mit dem Verlangen Salandras beschäftigt, die Anfrage von Signa wegen der Unterführung der Familien Eingezogener auf sechs Monate zu vertagen. Zunächst sprach der offizielle Sozialist Turati, der die Anschauung der Sozialisten verteidigte und den Vorwurf der beschuldigten Sabotage anlässlich des Krieges zurückwies. Aus der langen Rede verdienen besonders folgende Worte Beachtung: Wir haben den Kollegen Bissolati in dieser Kammer einen Gruß an Frankreich und die französischen Waffen rüsten hören. Der Sinn dieses Grußes war augenfällig. Obendrein wird die Regierung binnen kurzem nach Paris gehen und das bedeutet einen größeren Krieg, bedeutet die Entziehung von Geld, was in nachdenklichen Worten gesagt, bedeutet, Krieg mit dem italienischen Volke. Können wir diesen Dingen einfach ihren Lauf lassen? Wir denken, daß bereits viele blöggestellt sind, daß viele andere aber später noch blöggestellt werden können. Wir machen uns zum Dolmetscher aller, und Ihre Freunde, meine Herren von der Regierung, sind gewissen Echos gegenüber auch nicht taub.

Nach Turati sprachen Pantanos und Bissolati für die Regierung, worauf Salandra das Wort ergriff. Nach dem vorliegenden telephonischen Auszug ist Salandra nicht auf Turatis Anspielung wegen des größeren Krieges eingegangen, sondern hat sich vielmehr, wie bei der Anfrage Signa darauf beschränkt, auf das Unzumutbare der Erdklärung von solchen Gegenständen während des Krieges hinzuweisen und seine vorgelegte Forderung aufrechterhalten. Zugleich hat er seine geistige Reue über den Appell an die Krone verteidigt durch die Erklärung, daß in dieser Wendung nichts Unrechtmäßiges oder Unkonstitutionelles gewesen sei. Die Sicherheiten und Vorrechte des Parlamentes würden durch die Verfassung an die Krone in keiner Weise geschwächt. Man könne andererseits aber auch nicht zugeben, daß die Vorrechte der Krone berregten würden.

Nach diesen Worten ereignete sich ein Zwischenfall. Der Abgeordnete Tedesco, der früher im Kabinett Giolitti Minister war, sprang auf und rief heftig: „Niemand hat man in der Duma so gesprochen!“ Nach der Beilegung dieses Zwischenfalls sprach der Ackerbauminister Cavassola; nach ihm zwei Abgeordnete von der alten Majorität Giolitti, Schanzer und Alessio. In ihren Ausführungen stimmten beide überein, daß sie für die Regierung stimmen würden, weil sie überzeugt seien, daß durch Zwischenfälle und persönliche Reibungen nichts weiter erreicht würde, als Italien bei den großen Schwierigkeiten, die es überwinden müsse, zu schwächen. Darauf erfolgte die bereits gemeldete Abstimmung.

## Republikanischer Kongreß in Rom.

Rom, den 29. Februar. (Eig. Bericht.)

Die republikanische Partei, die mit den Reformisten und Radikalen am energischsten für den Krieg eingetreten ist und heute in allen Tonarten die Kriegserklärung an Deutschland fordert, hat am 29. Februar in Rom einen Kongreß abgehalten, dessen Beratungen in der nachstehenden Tagesordnung zusammengefaßt wurden:

„Die republikanische Partei beschließt, ihre Energien dem Studium der Probleme zuzuwenden, deren Lösung nach dem siegreichen Frieden keinen längeren Aufschub erliden darf.“

Sie verpflichtet sich, auf politischem Gebiet den Kampf für die Eroberung der Volkshoheit und für das Recht des

Volkes, im Frieden wie im Kriege über sein Schicksal und seine Güter zu entscheiden, wieder aufzunehmen.

In der Rüstungsfrage wird sie für die Notwendigkeit der sofortigen Einführung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere eintreten und für internationale Abmachungen zur sofortigen Herabsetzung der Militärausgaben bis zu ihrer völligen Abschaffung, und wird jeder Expansionspolitik entgegenzutreten.

In der Post- und Abgabenfrage wird sie den Grundsatz vertreten, daß die Lasten den Besitzenden aufzuerlegen sind und die Gegenstände des Massenkonsums verbilligt werden, um die Lebenshaltung der Massen zu verbessern und ihnen möglich zu machen, in der Wiederherstellung des durch den Krieg zerstörten Wohlstandes mitzumachen.

In allen andern Fragen des nationalen Lebens wird sie alle Unternehmungen fördern, die auf die Urbarmachung des Brachlandes und auf die Autonomie der Gemeinden gerichtet sind und wird mit allen Mitteln die Entstehung einer Arbeiterbewegung mit idealistischem Grundzug anstreben, die in der Lage ist, ohne reformistische Illusionen, die Lösung der Arbeiterfrage zu erzwingen und die neuen endgültigen Eroberungen der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit anzubahnen.“

Katholik fehlten die Angriffe auf die sozialistische Partei nicht. Ein ehemaliger Parteigenosse, Prof. L. M. Bossi, erklärte seinen Eintritt in die republikanische Partei wegen ihrer kriegsfeindlichen Haltung, das gleiche tat die frühere Anarchistin Maria Ruggier, die auch eine kurze Station in unserer Partei und bei den Sozialisten gemacht hat. Trotz einiger Kritiken gegen die Haltung der Regierung wurde keine Opposition gegen das Kabinett beschloffen.

## Wo gespart wird.

Aus Rom wird uns geschrieben:

Der Budgetvoranschlag für das Jahr 1916/17 sieht die für den Elementarunterricht ausgeworfene Summe von 62 324 000 auf 58 420 000 Lire herab, also um rund 3,8 Millionen Lire. Außerdem ist dem Volksschulunterricht die Summe von einer Million vorenthalten worden, die das Gesetz Cremona für das Jahr 1916/17 für Schulbauten ausgelegt hatte; der Fonds für Beiträge an die Gemeinden zur Errichtung von Schulen ist auch um 100 000 Lire gekürzt worden. Schließlich hat man dem Reservefonds für das Volksschulwesen 15 Millionen vorenthalten, hat also insgesamt 20 Millionen, die für die Elementarbildung bestimmt waren, anderen Zwecken zugeführt.

## Ausschluß eines Kriegsfreiwilligen aus der italienischen Partei.

Der in Turin organisierte Parteigenosse Donato Vacchi hatte seiner Sektion erklärt, daß er als Freiwilliger, und zwar als Offizier, an dem Kriege teilzunehmen entschlossen sei, und hatte sie ersucht, zu dem Falle Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme ist nunmehr durch Urabstimmung erfolgt. Von 683 Genossen befanden sich 65 im Felde. An der Abstimmung nahmen 374 teil, von denen sich 335 für und 35 gegen die Ausstoßung erklärten, bei 4 ungültigen Stimmen.

## Englands Flotte in offizieller Darstellung.

London, 7. März. (B. Z. B.) Der Erste Lord der Admiralität Valfour wies in Unterhaus bei Einbringung der Marinenvorlage auf die grobartige Anlage des Betriebes und die unsägliche Verantwortung der Flotte hin. Er erklärte, daß die Admiralität der Politik ihrer Vorgänger in den großen Jagen folge. Die Behauptung, daß im Schiffbau ein Stillstand eingetreten sei, sei unwahr. Die Flotte sei gewaltig vergrößert worden. Der Tonneninhalt habe, wenn man die Hilfskreuzer einschleife, um eine Million zugenommen. Der Aufschwung der Flotte sei verheerend gewesen. England könne mit der Art, wie die riesige Aufgabe durchgeführt worden sei, zufrieden sein. Valfour sollte der Disziplin der Seeleute und der Zurückhaltung der Besatzungen der Unterseeboote, Minenboote, Transportdampfer sowie der Besatzung der Handelsmarine warme Anerkennung. Er sagte, die Flotte sei in einem besseren Zustande als je. Die Beziehungen zwischen den höheren Befehlshabern und der Admiralität seien die engsten und herzlichsten und das glatte Arbeiten sei von unschätzbarem Wert gewesen. Valfour erwähnte schließlich, daß die „Mäwe“ als Frachtdampfer verkleidet den englischen Patrouillenbooten entgangen sei und daß es ihr geglückt sei, auf dem Wege um das nördliche Island zurückzukehren. Er äußerte sich dann ironisch über die Besatzung Berlins zur Feier ihrer Rückkehr und meinte, dies zeige, daß der deutsche Wahnsinn für eine Heldentat nicht hoch sei. Valfour betonte auch die unablässige Vermehrung der Marine und sagte, wer der Zukunft nicht mit Gelassenheit ins Auge sehen könne, müsse ein kleinmütiger Mensch sein.

## Churchill über das englische Flottenprogramm.

London, 7. März. (B. Z. B.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses rief Oberst Churchill dadurch einige Besorgnisse hervor, daß er erklärte, daß das Flottenprogramm, welches er selbst und Fisher aufgestellt hätten, nicht ganz eingehalten werde. Er versicherte, daß es eine ernste Tatsache sei, die man gut beachten müsse, daß England nicht wisse, was Deutschland in diesem fertiggestellten habe, während man doch mit Sicherheit annehmen könne, daß dort alle Kräfte angespannt würden. England müsse sein Kräfte tun, um die Schiffe so rasch als möglich abzuliefern. Er wies sodann mit Nachdruck auf die Gefahr hin, daß man mit der Durchführung des Flottenbauprogramms im Rückstand bleibe und verlangte die Rückkehr Fishers. Der Unionist Bellairs erklärte, daß, wenn Valfour dem Hause versichere, daß auf dem Gebiete des Schiffbaus alles Mögliche getan werde, das Haus sich mit dieser Versicherung zufrieden geben müsse. Es seien Beweise vorhanden, daß England viel schneller baue als Deutschland. Admiral Sir Hedworth Proug, das neu gewählte Mitglied für Portsmouth, unterzog Churchills Rede einer scharfen Kritik. Er erinnerte an die Uneinigkeit zwischen Churchill und Fisher, solange Churchill noch Erster Lord der Admiralität war, und berief sich auf Churchills Erklärung vom vorigen Jahre, daß er (Churchill) von Fisher nicht gut beraten worden sei. (Heiterkeit.) Churchill habe eine ganze Anzahl von Stellen besetzt, aber er würde besser tun, wenn er sich auf eine einzige beschränkte. Das Haus wünschte ihm Erfolg in Frankreich und hoffe, daß er dort bleiben werde. (Heiterkeit und Beifall.) Churchills Rede wurde äußerst kühl aufgenommen.

## Die Teuerung in London.

In einem Londoner Brief der „Bataille“ vom 28. Februar heißt es: Die oberen Klassen wollen sich zwar durch Aufrechterhaltung ihres früheren Lebens den Anschein geben, als berühre der Krieg sie nicht, aber die Arbeiter empfinden die Wirkung schon stark. Gleich herrliche zwar nicht und Lebensmittel seien reichlich vorhanden, aber die Preise sind außergewöhnlich gestiegen, bei den Lebensmitteln durchschnittlich um 47 Proz., Mehl um 60 Proz., Brot und Tee um 50 Proz., Fleisch um 40 Proz., Käse um 37 Proz., Speck, Milch,

Butter um 30 Proz., Margarine um 10 Proz. und Fische um mehr als 100 Proz.

Die Erhöhung der Löhne entspricht der Steigerung der Lebensmittelpreise nicht. Die Regierung habe sich schon mit der Frage beschäftigt, aber nichts Besseres als eine Ermahnung zur Sparsamkeit gefunden. Sparsamkeit liege aber nicht im englischen Charakter, der sich nicht mit einem Schläge umändern lasse. Außerdem habe man vom März ab die Einfuhr einiger weniger wichtiger Waren verboten, um mehr Schiffsraum für die wichtigsten zu schaffen. Aber ein Sinken der Preise sei von dieser Maßregel nicht zu erwarten, im besten Fall ein vorübergehender Stillstand, bis die Spekulation die Preise weiter in die Höhe treiben werde. Ueber kurz oder lang werde die Regierung zur Festsetzung von Höchstpreisen schreiten müssen.

## Ein Aufruf der Russischen Liga für Frauen-Gleichberechtigung.

Da demnächst die Erörterung einer neuen Städteordnung in der Reichsduma bevorsteht, wendet sich die Russische Liga für Frauen-Gleichberechtigung mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, die schon längst brennend gewordene Frage der Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts für die städtischen Selbstverwaltungen an die Frauen zu berücksichtigen.

Die Liga hält es nicht mehr für notwendig, diesen Anspruch der Frauen, die namentlich jetzt eine ungeheure Last zu tragen haben, noch besonders zu begründen. Die Forderung der Gleichberechtigung der Frauen werde zurzeit nicht nur von den kulturellen Schichten, sondern auch von den breiten Massen des Volkes anerkannt. Es handelt sich nur noch um die formelle Aufhebung längst überlebter Vorurteile und um die legislative Anerkennung der elementarsten Menschen- und Bürgerrechte für die Frauen.

Der Aufruf der Russischen Liga ist ein Zeichen dafür, daß sich die Frauenbewegung auch in Rußland zu regen beginnt. Leider zeigt der Aufruf die typischen Halbheiten der bürgerlichen Frauenbewegung, die sich mit kleinen Abschlagszahlungen (kommunales Wahlrecht) zufrieden geben will, anstatt — wie es die proletarischen Frauen tun — wenn auch nur auf politischem Gebiet für die völlige Gleichberechtigung der Frau einzutreten.

## Begner des Dienstzwanges in Australien.

Wie wir der australischen Presse entnehmen, verbandte die Bundesregierung im Dezember an alle militärfähigen Bürger über eine Million Fragebogen mit der Aufforderung, sich freiwillig für die Armee zu stellen. Es genüge nicht, daß Australien 150 000 Mann nach England geschickt habe. Es seien noch 50 000 und zwar monatlich 16 000 Mann frischer Truppen erforderlich. Wer die Erhaltung der Demokratie wünsche, solle schleunigst mit einem Ja antworten. Die Gewerkschaften in den bedeutendsten Städten Australiens, wie Melbourne, Brisbane u. a. nahmen zu diesem Schritt der Bundesregierung öffentlich Stellung. Eine Anzahl von ihnen empfahl, die Fragebogen der Bundesregierung einfach zu boykottieren und unbeantwortet zu lassen. Einige empfahlen, die Frage mit Nein zu beantworten. Die Mehrzahl der Arbeiter jedoch meinte der Ansicht zu, daß diese Frage eine persönliche Angelegenheit jedes einzelnen sei. Ueber die Stellung der australischen Sozialisten gibt folgende Resolution einer großen Arbeiterversammlung Aufschluß, die am 9. Dezember 1915 in Brisbane stattfand. Die Resolution lautet:

„Die Versammlung der sozialistischen Arbeiterpartei, der Industriearbeiter der Welt (Industrial Workers of the World) und der Frauen-Friedens-Liga protestiert gegen die Absicht der Regierung, den Arbeitern Australiens den Zwangsdiens aufzuzwingen. Die Versammlung der Sozialisten und Gewerkschaften verpflichtet sich, den Dienstzwang im Interesse des Krieges mit allen Mitteln zu bekämpfen und fordert alle Arbeiter auf, sich dem anzuschließen. Die Versammlung empfiehlt ferner den Arbeitern, die Frage eines 48 stündigen allgemeinen Proteststreiks in Erwägung zu ziehen.“

## Kriegsbehaftungen.

### Nur Kilopaket an Kriegsgefangene.

Wegen der Schwierigkeiten, die einzelne fremde Verwaltungen bei der Uebernahme von über 1 Kilogramm schwerer Päckchen an Kriegs- und Zivilgefangene im Auslande machen, ist angeordnet worden, daß Päckchensendungen an die Gefangenen nur noch bis zum Gewicht von 1 Kilogramm zulässig sind, sofern sie im übrigen den Bedingungen entsprechen. Schwerere Sendungen dürfen die Postanstalten nur als Pakete (mit Paketkarte) zur Postbeförderung annehmen.

## Letzte Nachrichten.

### Beschädigung der deutschen Schiffe in Portugal.

London, 6. März. (B. Z. B.) „Daily Telegraph“ meldet aus Madrid vom 3. März: Das Gerücht, daß die deutschen Schiffe, welche die portugiesische Regierung beschlagnahmt hat, durch die Mannschaften unbrauchbar gemacht worden seien, ist nur zum Teil richtig. 22 von 37 Schiffen sind absichtlich beschädigt worden; 16 sind unbrauchbar gemacht, da Maschinenteile in den Tajo geworfen sind und eine dreimonatige Ausbesserungszeit erforderlich ist. „Daily Telegraph“ meldet weiter, daß auf den beschlagnahmten Schiffen „Petropolis“, „Hochfeld“, „Guaybo“ und „Colmar“ die Maschinen erheblich beschädigt sind.

### Valfour gegen Churchill.

London, 8. März. (B. Z. B.) Unterhaus. Bei der Wiederaufnahme der Debatte über den Flottenvoranschlag antwortete Valfour auf Churchills geistige Rede, in der dieser gesagt hatte, daß das Flottenbauprogramm nicht energisch durchgeführt werde. Valfour verurteilte sie kräftig, wendete sich gegen den Versuch, dem Publikum Zweifel und Besorgnis zu suggerieren und wies darauf hin, daß er gestern den Vorwurf, welchen Churchill nachher erhoben habe, bereits in Abrede gestellt habe. Valfour erklärte nochmals, daß die Flotte viel stärker sei, als zu der Zeit, als Churchill sein Amt niederlegte. Valfour erinnerte an die früheren Angriffe Churchills auf Fisher und sagte, er betrachte Churchills Vorschlag, ihn wieder in sein früheres Amt einzusetzen, nachgerade als eine Fisher angelegene Verleumdung. Der zweite Vorschlag, daß Sir Henry Jackson, der das Vertrauen der ganzen Flotte besäße, seines Amtes entsetzt werden solle, sei einfach erstaunlich. Churchill verteidigte in einer kurzen Antwort sein Vorgehen, zu dem er sich durch Zweifel über die herrschenden Verhältnisse und durch den Glauben veranlaßt gefühlt habe, daß zur Fortsetzung der Politik Fishers dessen Führerschaft nötig sei.

### Gallieni antsmüde?

Bern, 8. März. (B. Z. B.) Hier laufen aus Frankreich kommende Gerüchte um, daß Kriegsminister Gallieni seinen Abschied verlangt habe. „Betti Journal“ weist eine Zuschrift auf, die mit der Angelegenheit in Verbindung stehen dürfte. Man glaubt, daß als Vorwand für den Rücktritt Gesundheitsrückstände angegeben sind.

### Der König von Montenegro in Bordeaux.

Bordeaux, 8. März. (B. Z. B.) Die montenegrinische Königsfamilie ist hier eingetroffen.



Die Tabakarbeiter gegen die Tabaksteuervorlage.

Eine sehr stark besuchte Mitgliederversammlung des Tabakarbeiterverbandes tagte am Dienstag im Rufflervereinshaus, um Stellung zu nehmen zu der neuen Tabaksteuervorlage. Reichstagsabgeordneter Genosse Geyer unterzog das Steuerprojekt einer gründlichen Beleuchtung. Er verwies darauf, daß bisher jede erhöhte Steuerbelastung des Tabaks einen Rückgang des Verbrauchs, dadurch eine Einschränkung der Produktion und Arbeitslosigkeit sowie Lohnminderung für viele tausend Tabakarbeiter zur Folge gehabt hat. 160 Millionen Mark, das ist ein Drittel aller Kriegsteuern, soll die neue Tabaksteuer bringen. Man darf nicht glauben, daß diese Steuer, wenn sie erst bewilligt sein sollte, mit einer etwaigen Finanzreform nach dem Kriege wieder verschwinden wird. Die Regierung wird eine Steuerquelle, wenn sie einmal erschlossen ist, nicht wieder aufgeben. So muß also die Tabakindustrie damit rechnen, daß die Belastung, welche ihr jetzt wieder aufgebürdet werden soll, eine dauernde sein wird. Dauernd werden also auch alle die schweren Schäden sein, welche der Tabakindustrie und ihren Arbeitern aus den unabwendbaren Folgen einer neuen großen Steuerbelastung erwachsen. Man muß sich wundern, daß die Regierung keine Bedenken hat, eine schon so schwer belastete Industrie noch weiter zu belasten. Ein Teil der Unternehmer wendet sich ja ebenso entschieden wie die Arbeiter gegen eine weitere Erhöhung der Tabaksteuern. Auch in bürgerlichen Kreisen macht sich hier und da Opposition bemerkbar. Ob aber diese Widerstände stark genug sein werden, um die drohende Mehrbelastung der Tabakindustrie abzuwehren, muß bezweifelt werden. Aus früheren Erfahrungen wissen wir, daß den bürgerlichen Parteien nicht zu trauen ist. Um so entscheidender müssen sich die Arbeiter der Tabakindustrie gegen die Bedrohung ihrer Existenz durch neue Steuerbelastungen wenden.

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine kurze Diskussion, in der einige Redner die trübten Erfahrungen schilderten, die sie aus Anlaß früherer Steuererhöhungen, besonders der letzten Steuerbelastung der Zigarettenindustrie hinsichtlich des Rückganges ihrer Erverhältnisse gemacht haben.

Zum Schluß wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von der Reichsregierung geplante neue Besteuerung der Tabakindustrie. — Durch die von den verbündeten Regierungen veröffentlichte Steuervorlage wird die Existenz tausender von Tabakarbeitern auf das schwerste bedroht, ja vernichtet. — Mit der Beendigung der Kriegsteilnahme für das Meer — durch die gegenwärtig die Tabakindustrie lebhaft beschäftigt wird — wird der allgemeine Verbrauch der Tabakfabrikate eine starke Verminderung erfahren. — Hohe, durch den Krieg verursachte Tabakpreise verteuern bereits die Tabakfabrikate in bisher unbekannter Weise. Tritt hinzu eine weitere Verteuerung der Preise durch die erscheidende Erhöhung der steuerlichen Belastung — wie sie in der veröffentlichten Vorlage vorgezeichnet ist — so muß eine starke Verminderung des Verbrauchs an Tabakfabrikaten und infolgedessen eine entsprechende Einschränkung der gesamten Produktion der Tabakindustrie die Folge sein. Noch zahlreicher wie nach der Tabaksteuer im Jahre 1909 werden die Entlassungen von Tabakarbeitern eintreten. — Die Uebergangsverhältnisse von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft werden dazu ihre Wirkung auf die Tabakindustrie besonders ungünstig ausüben, weil die Einschränkung des Verbrauchs notwendiger Lebensmittel — die bereits jetzt schon zu bemerken ist — weit vorausgehen wird, um so mehr, je höher die Preise der Tabakfabrikate durch die neuen Steuerlasten getrieben wird.

Die Sorge um ihre bedrohte Existenz veranlaßt daher die

verkammelten Tabakarbeiter Berlins, gegen die unerhörte Schädigung der Tabakindustrie und ihrer Arbeiterkraft auf das energischste zu protestieren und den Reichstag dringend zu ersuchen, eine weitere Belastung der Tabakindustrie durch höhere Besteuerung rundweg abzulehnen.

Politische Uebersicht.

„Mittleuropa“ in der Geschichte.

In der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ lesen wir: „Es gibt nichts Neues unter der Sonne! Einen Auffatz, der ein vollständiges Programm für eine innerhalb eines bestimmten Zeitabschnitts zu vollziehende Zollvereinigung Deutschlands und Oesterreichs, also die reine Zollunion, brachte, schloß die kaiserliche „Wiener Zeitung“ vom 26. Oktober 1849 mit folgenden Sätzen:

„Durch das handelspolitische Zusammenfassen Mitteleuropas wird Oesterreich vermöge seiner zentralen Lage zum Westen und Osten, zum Süden und Norden und der freien Entwicklung seiner Natur- und Seefestkräfte notwendig der Mittel- und Schwerpunkt des großen Weltverkehrs, und die weiteren Folgen davon für die politische Gestaltung sind unklar zu übersehen. Also man schreie auf dieser rühmreichen Bahn, fleischlicher Rücksichten halber, nicht vor dem entscheidenden Schritte zurück — er muß getan werden, das heißt das Naturgesetz der Entwicklung. Wohlan denn, vorwärts!“

Wir sind in der Lage, diesem Zitat des Wiener Parteiblattes die Erwiderung des „Preussischen Staatsanzeigers“ hinzuzufügen. Schon am 7. November 1849 erschien die Antwort,

„daß jede Erleichterung des Handels und Verkehrs zwischen Oesterreich und dem Zollverein Preußen willkommen, aber eine förmliche Zollvereinigung mit Oesterreich unausführbar sei.“

Beide Artikel scheinen uns nicht nur historischen Wert zu haben.

Die Haushaltskommission des Preussischen Abgeordnetenhauses

erledigte am Mittwoch das Kapitel Universitäten. Dazu wurde folgender Antrag angenommen: „Die Kommission wolle beschließen, die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, baldigt für einen besseren Ausbau des Studiums der Verhältnisse fremder Länder im Interesse des auswärtigen Dienstes, des Kolonialdienstes und der wirtschaftlichen Entwicklung von Handel, Industrie, Landwirtschaft und Technik im Anschluß an bestehende Hochschulen oder andere Einrichtungen Sorge zu tragen.“ Die Beschlusfassung über einen Antrag, eine größere Summe für talentvolle Studierende aus minderbemittelten Ständen einzustellen, wurde ausgesetzt, um bei dem Kapitel höhere Lehranstalten erledigt zu werden.

Zur Frage der Kriegsprüfung lagen je ein Antrag des Zentrums und der Nationalliberalen vor. Beide verlangten das Reisezeugnis für diejenigen, die eine Prüfung vor Eintritt in das Meer nicht abgelegt haben. Während der nationalliberale Antrag ohne nochmaligen Schulbesuch dieses geben will, wünscht der Zentrumsantrag, die Einrichtung von Ergänzungslerngängen an der Hochschule ins Auge zu fassen, und zu diesem die preussische Staatsregierung zu ersuchen, mit deutschen Bundesstaaten sich zu gleichartiger Behandlung in Verbindung zu setzen. — Der Minister erklärte sich im wesentlichen mit dem Zentrumsantrag einverstanden, teilte aber zugleich mit, daß der Kriegsminister sich gegen die Notkreiskreuzung erklärt habe, da Erfahrungen nicht wünschenswert erscheinen lassen, daß die Lust, so jung ins Meer einzutreten, weitergefördert wird. Eine Verhandlung mit Vertretern sämtlicher Bundesstaaten soll noch in diesem Monat stattfinden. Ganz ohne Prüfung das Reisezeugnis zu geben, ginge nicht an. — Der Antrag des Zentrums wurde sofort mit einem Abänderungsantrag

der Freikörperverbände in folgender Fassung angenommen: Die Kommission wolle beschließen, die kgl. Staatsregierung zu ersuchen, mit den Regierungen der übrigen deutschen Bundesstaaten in Verbindung zu treten, um eine gleichartige Behandlung der sogenannten Kriegsprümaner zu erreichen, wobei eine Nachlassung der Reiseprüfung in geeigneten Fällen und die Einrichtung von Ergänzungslerngängen ins Auge zu fassen ist.

Am Dienstagabend beschäftigte sich die Haushaltskommission mit dem Etat der Anstaltungskommission für Westpreußen und Posen, dem zugestimmt wurde. Nach einer über das Jahr 1915 vorliegenden Denkschrift betrug der Landesverbr 884 Hektar. Das Stedelungsergebnis waren 35 Rentenvertragsabschlüsse, von denen 81 endgültig genehmigt sind. Bis Ende 1915 waren von der Anstaltungskommission im ganzen 19 544 Renten und 2170 Pachtstellen vergeben. Der Landvorrat der Anstaltungskommission betrug Ende 1915 alles in allem 57 082 Hektar und an reinem Stellenlande 27 000 Hektar.

Der Seniorenkonvent des Preussischen Abgeordnetenhauses

beriet am Freitag die Geschäftslage. Man hofft, bis Ostern den Eisenbahnetat, den Kultusetat, die Steuererlese und einige Positionen zu erledigen. Abdann soll das Haus bis Mai vertagt werden.

Odenburg von Januschan über die Kartoffelpreise.

In einer Versammlung landwirtschaftlicher Interessenten hielt kürzlich der bekante Januschauer eine Rede über die Kartoffelpreise, die einen trefflichen Einblick in das Gemüt ihm verwandter Seelen gewährt. Herr v. Odenburg sagte unter anderem:

„Von der vorigen Ernte haben wir zum Schluß den hohen Preis von 8,50 M. für den Zentner Kartoffeln erhalten und das Reich bekam dafür verfaulte Kartoffeln. Staatssekretär Deßbrück sagte damals, er wolle sich die Finger nicht wieder an den Kartoffeln verbrennen. Redner erklärte dagegen, „in ad-ben Sie nicht mit Schweinen und Kartoffeln, dann werden Sie beides haben.“ Der Landwirtschaftsminister steht ganz auf unserem Boden, aber er ist mit seiner Meinung nicht durchgedrungen, weil jetzt das Reich maßgebend ist. Ich habe gesagt, man muß für den Zentner Kartoffeln 5 bis 6 M. zahlen, und wenn der Verbraucher diesen Preis nicht zahlen können, so muß der Staat die Kartoffeln unentgeltlich an die Leute mit einem bestimmten geringen Einkommen liefern. Die Sozialdemokraten in München waren für diesen Gedanken zugänglich aber die Vertreter der Bergarbeiter im Westen erklärten, sie müßten den Zentner Kartoffeln für 3 M. haben. Wir haben dann aus dem Osten Kartoffeln nach dem Westen liefern müssen, damit man dort mit diesen Kartoffeln Schweine mästet. Die neuen Erhebungen über die Kartoffelbörse sind noch nicht abgeschlossen, aber man hat bereits mit der Beschlagnahme der Kartoffeln gedroht. Doch das Papier ist geduldig.“

Als Bezeichnung wird mitgeteilt, daß der Oberpräsident v. Jagow, der nach dem Januschauer zum Wort kam, die Regierungsmassnahmen nur höchst schwächlich verteidigt habe.

Katzenlich: starken Männern und energischen Politikern gegenüber sind die Regierungsvertreter stets vorsichtig. Wer dagegen von vornherein abtankt und klein beigibt, vor dem haben auch die Regierenden verbietendmaßen keinerlei Respekt!

Kriegsanleihe und Steuerveranlagung.

Amlich, Berlin, 8. März. (B. L. B.) Weitere Volkskreise scheinen in der Vorstellung belangen zu sein, daß die Zeichnungen auf die Kriegsanleihe eine steuerliche Heranziehung in verstärktem Maße, sei es bei der Kriegsgewinnsteuer, sei es in Form einer besonderen Kuponsteuer, belangen lassen. Derartige Anschauungen entbehren vollständig der Begründung. Für die Frage, ob ein Vermögenszuwachs der Kriegsgewinnsteuer unterliegt, ist es vollständig gleichgültig, ob er in Kriegsanleihen oder sonstigen Vermögenswerten angelegt ist oder sich noch unangelegt in den Händen eines Steuer-

Auf Posten in Belgien.

Folgender Brief eines Berliner Landsturmmannes wird uns zur Verfügung gestellt:

Reerwinden, 11. Februar 1916.

Lieber Freund!

Sie sind in einem Irrtum befangen, wenn Sie aus meinen Briefen, die ich aus unseren Quartieren an Sie richtete, die Schlussfolgerung ziehen, daß es mir hier ganz und gar nicht gefiele und ich mich höchst unglücklich fühlte. Auch die Gefahr, dem unheilbaren Stumpfsinn zu verfallen, liegt Gott sei Dank nicht vor. Selbstverständlich ist es nicht gerade ein Vergnügen, fern von der Familie Landsturmmann in Belgien zu spielen, aber es hilft doch nun mal nichts, und ich bin nicht der Mensch, der sich über Dinge, die man nicht ändern kann, den Kopf zerbricht. Und wenn Sie meinen, daß mich die Gegend hier so enttäuschte, so irren Sie sich auch. Gewiß, die Ausläufer der Ardennen sind romantischer, ich habe aber nur die Unterschiede gegenüber der hiesigen Landschaft hervorgehoben in meinen Briefen, ohne daß ich der Meinung wäre, daß es hier keine Naturschönheiten gäbe. Die Ebene hat auch ihre Reize, sie sind nur etwas verborgener als im Vergleich, nicht so gleich ins Auge fallend. Jede Landschaft hat ihre eigene Note, man muß sie nur herauszufinden wissen.

Die Gegend ist hier auch durchaus nicht ganz flach, wie Sie anzunehmen scheinen. Sie ist wellig, mit breiten Mulden und durch kleine Bäche gegliedert, die sich tief eingensagt haben. Die Erhebungen des Landes ziehen sich ganz allmählich hin, so daß man von Steigungen, abgesehen von den Gründen, wo Wasser fließt, kaum etwas merkt. Trotzdem begrenzen die Höhen häufig den Horizont und man hat umgekehrt wieder von ihnen weite Ausblicke. Die Schauffeen sind mit großen Bäumen eingefaßt. Von fernher betrachtet, sehen sie wie Gräben oder Rämme aus, besonders, wo sie auf den Höhen den Horizont begrenzen. Sonst ist beinahe kein Baum vorhanden, außer in den Gärten der Dörfer. Darum ist aber auch jeder einzelne Baum im Felde wertvoll für das Landschaftsbild und ergibt oft ein schönes Bild, besonders in der jetzigen Jahreszeit, wo sich die einzelnen Zweige so scharf abheben vom Himmel. Es ist überhaupt eine Gegend der Eibhweiden. In den breiten Mulden steht man die arbeitenden Menschen und Gespanne schon von weitem, und auf den kleinen Erhebungen heben sie sich immer scharf vom Horizont ab. Bald gibt es gar nicht. Dazu ist der Boden so schwer in der Herbstzeit, der Kammern Belgiens. Fruchtbarer Lehm. Fruchtbar, aber auch fürchtbar, besonders nach Regenfällen, und es regnet hier sehr viel. Die Landwege sind kaum zu passieren.

Sie sehen also, daß ich hier ebenfalls meiner Lieblingsbeschäftigung frönen kann, mich in die Schönheiten der Landschaft zu versenken, wodurch das Postensitzen für mich erträglich und manchmal sogar zum Genuß wird, z. B. beim Anblick eines schönen Sonnenauf- oder Unterganges. Dieses Schauspiel hatte man nicht oft in der bezüglichen Gegend zwischen den Wänden des Plustales. Dazu mühte man dort schon auf die Höhen steigen, hier aber sieht man stets den Himmel in seiner ganzen Ausdehnung.

Die Gegend bietet aber auch sonst manches Interessante, womit man sich dann wieder auf Posten beschäftigen kann. Wir sind gerade auf der Grenze zwischen Flamen und Wallonen. Das eine

Darf ist flämisch, das andere wallonisch. Die Sprachdünge ist sehr scharf, ein Unterschied in dem Neuhieren der Bedeckung, Sitten und Gebräuchen usw. aber kaum zu erkennen. Das liegt daran, daß die Bevölkerung in den wallonisch sprechenden Grenzgebieten ebenfalls flämischer Abstammung ist. Die wallonische Sprache ist in langsamem, aber sicherem Vorrücken begriffen. Das Verhalten beider Völkerrämme gegenüber den deutschen Soldaten ist ziemlich gleich, aber die französische Höflichkeit läßt die Feindsinnigkeit so deutlich zutage treten wie die germanische Offenheit. Die Not der kleinen Leute ist groß in der reichen, fruchtbaren Gegend, denn die Arbeitslosigkeit ist von erschreckendem Umfange. Das ist ja nun allerdings nichts Neues, denn ähnliche Verhältnisse herrschten ja auch in der rein wallonischen, industriereichen Gegend, die wir bisher kennen lernten.

Für die Romantik und die mehr ins Auge fallenden Naturschönheiten, die der hiesigen flachen Landschaft fehlen, ist in anderer Beziehung Entschädigung geboten. Man sieht und hört zum Beispiel etwas mehr vom Kriege an der Hauptstraße, von der wir jetzt einen Teil bemachen. Die unaufrichtigen Transporte der verschiedensten Art geben reichlich Stoff zu Ratschlägen und Gerüchten. Und das vertreibt die Zeit ein wenig. Bisher hatten wir doch gar nichts vom Kriege gesehen, obwohl wir bald einmündig Jahre in Feindesland sind, noch nicht mal vom Berliner Mutterkriege. Dann ist die Gegend auch historisch sehr interessant. Blutgetränkt. In der Nähe war im Anfang des jetzigen Krieges ein größeres Gefecht. Bei Reerwinden haben zwei Schlachten getobt, eine zwischen Oesterreichern und Franzosen, eine zwischen Holländern und Franzosen. In der Nähe war die Residenz Philipps von Oestrich, eines Vorfahrens von Karl dem Großen. Er lebte noch als Pöpin von Landen in der Erinnerung der Bevölkerung fort, die einen Bauernhof in der Nähe von Landen als die Stelle seiner Burg bezeichnet. Von diesem Orte sollen viele Kreuzfahrer mit Gottfried von Bouillon in das heilige Land gezogen sein, und eine große Holzstatue des heiligen Christophorus in der Kirche eines Ortes in der Nachbarschaft soll von ihnen gestiftet sein. Etwas weiterhin beginnt die Provinz Brabant, das alte Herzogtum. Wer denkt da nicht an Eise von Brabant und den Schwannemitter? Und so geht es immer weiter bis in die graueste Vorzeit. Und da ist es am hübschesten, wenigstens für einen postensitzenden Landsturmmann, welchem mit den geschichtlich beglaubigten Tatsachen wenig gebietet ist. Damit ist man bald fertig. Die Geschichte wird überhaupt durch den jetzigen Krieg viel von ihrem Nimbus verlieren. Was sind frühere Schlachten, auch die sogenannten Völkerschlächten, gegen das heutige Gemetzel. Wie geringfügig erscheinen einem heutzutage die Zwergbetriebe der früheren Schlachtenlenker. Was ist die früher so gefürchtete Verwüstung mit Feuer und Schwert und die Kaperei gegenüber der heutigen Vernichtung?

Da ist es also schon besser, sich in die vorhistorische Zeit zu vertiefen, wenn die Gelegenheit dazu geboten wird. Das regt die Phantasie bedeutend mehr an und verklärt die Zeit auf Posten leichter. Und diese vorhistorische Zeit drängt sich einem hier auf Schritt und Tritt auf. Wissen Sie, was eine Tombe ist oder, wie es flämisch heißt, ein Gruff? Es ist ein Hügelgrab. Diese Feststellung ist mir nicht leicht geworden. Es sind kleinere oder größere Hügel, kreisrund, teilweise spitz, teilweise flach gemäht, besonders die größeren. Manche haben nur einen Durchmesser von einigen Metern, andere wieder sind von ziemlich erheblichem Umfange. Die kleineren liegen meistens tief, die größeren häufig auf dem

Kamm der Bodenwellen. Sie sind gewöhnlich mit Strauchwerk und einzelnen Bäumen bestanden und bieten ein eigenartiges Bild. Mit der größten Kunst und dem größten Raffinement könnte man nichts Wirkungsvolleres schaffen als das Bild, das diese Bäume einzeln oder in kleinen Gruppen auf diesen unvermittelt aus der flachen Umgebung aufragenden Hügel erheben. Gleich am ersten Tage führte mich mein Weg im Morgenrauschen in einiger Entfernung an einem der größten Hügel vorbei, der mit 12 Eichen bestanden ist. Der Anblick frappierte mich, und als ich später auf eine in seiner Nähe gelegene Wache kam, beschäftigte sich meine Phantasie lebhaft mit dem reißenden Wilde. Ich hatte noch nichts gesehen, was ich zum Vergleich heranziehen konnte, und die Einbildungskraft konnte ungehemmt spielen. Aus weiterer Entfernung, im Nebel oder in der Dämmerung sah man die Baumstämme kaum, und die Baumkronen über dem Hügel erinnerten an den Wespennest der darüber schwebenden Wolke. Es schien mir, als ob eine Morastinsel derselben Art bieten müßte oder eine einsame Hallig der Nordseeküste. Besonders im Abendlicht, wenn die bereizten Erdschollen des umliegenden gepflügten Landes wie Wellen schimmerden, glaubte man tatsächlich eine Insel vor sich zu haben. Bewundernswert ist auch, wie geschickt die Lage der größeren Hügel ausgewählt ist, so daß sie weithin sichtbar sind, während die in den Mulden liegenden meistens kleinere Hügel sind. Ob sich darin eine gewisse Nachordnung ausdrückt?

Jedem etwas Besondere ist nicht zu entdecken bei einer näheren Besichtigung der Hügelgräber. Sie stehen aber unter dem Schutze der belgischen Regierung, werden also wohl durchforstet sein. Sehr bemerkenswert ist, daß sie sich solange gehalten haben, obwohl in der Bevölkerung jede Spur der Erinnerung an ihre Bedeutung verlorengegangen ist. Auch von irgendwelchen Sagen oder eines Werglaubens, der sie geschützt haben könnte bis zu der Zeit, wo die Regierung eingegriffen hat, konnte ich nichts entdecken. Auf meine vielfachen Fragen nach ihrer Bedeutung bekam ich drei verschiedene Antworten, meistens die, daß es Soldatengräber wären, die von der Schlacht bei Reerwinden herührten. Das glaubten auch die Kameraden. Ich stand dem sehr skeptisch gegenüber. Man hat doch sonst keine Krieggräber aus älteren Zeiten, und die Leichen toter Soldaten waren gewöhnlich früher doch nur ein Festhalten für die Aeden oder eine Hilfe zur Erhöhung der Fruchtbarkeit des Aders. Eine Aenderung ist in dieser Beziehung doch eigentlich erst zugleich mit der Anwendung des Kunstbegriffes eingetreten. Eine zweite Antwort lautete, daß sie aus den napoleonischen Zeiten herührten. Das war noch unwahrscheinlicher. Der dritten Besart nach sollten die „Tombes“ römischen Ursprungs sein und Bestattungsgräber geben haben. Auch das wollte mir durchaus nicht einleuchten. Schließlich ging ich zum Pfarrer des nahgelegenen Dorfes, dessen sehr freundlich gegebene Auskunft dann auch die Wichtigkeit meiner ersten Aufstellung bestätigte, daß die Tombes aus vorgeschichtlicher Zeit stammen und von einem unbekanntem Volke herührten. Genau also, wie die Hügelgräber bei uns.

Vielleicht werden Sie sagen, lieber Freund, daß es doch wohl eine Möglichkeit gegeben hätte, das etwas schneller festzustellen. Aber Sie können darüber kein authentisches Urteil abgeben, ob das zweckmäßig gewesen wäre, denn Sie haben niemals Posten gestanden und wissen nicht, wie man sich hüten muß, ein solch kostbares Thema, das einem Gelegenheits gibt, stundenlang zu träumen, so schnell zu erledigen. (2)

pflichtigen befindet. Die Schenkungs- oder Schuldverschreibungen der Kriegsanleihe werden nicht als solche besteuert, vielmehr kommt es lediglich darauf an, wie das Vermögen und das Einkommen des Steuerpflichtigen überhaupt sich während der Kriegszeit gestaltet haben. Ein Vorzug ist aber für die fünfprozentigen Reichsschuldverschreibungen und fünfprozentigen Schuldverschreibungen einschließlich der Schuldbuchforderungen insofern vorgesehen, als sie bei der Entfaltung der Kriegsgewinnsteuer zum Nennwert an Zahlungsstatt angenommen werden sollen.

### Krieg und Presse.

Mitte Februar hat auch die „Neue Würzburger Zeitung“, im Jahre 1803 als „Fränkische Staats- und Gelehrtenzeitung“ gegründet, die älteste Tageszeitung Würzburgs, ihr Erscheinen eingestellt, nachdem ihr das „Würzburger Tagblatt“ (früher „Journal“) des Landtagsabgeordneten Karl Köpf bereits am 1. Juli 1915 vorausgegangen ist.

### Die Mehrheitsverhältnisse in Lippe.

Bei der Landtagswahl im 7. lippeischen Wahlkreis wurde an Stelle des verstorbenen nationalliberalen Abgeordneten Schmidt der konservative Kandidat Metzgermeister Korte mit 193 gegen 109 Stimmen gewählt. Damit geht die absolute Mehrheit im Landtage von der Linken zur Rechten über.

### Zuschläge zur Erbschaftsteuer.

Dem Landtage des Fürstentums Lippe ist eine neue Steuerentwurf zugewandt, die einen Prozentsatz Zuschlag zu der nach den Vorschriften des Reichserbschaftsteuergesetzes veranlagten Erbschafts- und Schenkungssteuer für Landeszwecke vorseht. In der Begründung der Vorlage heißt es u. a., daß es nach dem Reichserbschaftsteuergesetz den Bundesstaaten ja überlassen sei, Zuschläge zu erheben. Verschiedene Bundesstaaten hätten von der Befugnis bereits Gebrauch gemacht, und auch Lippe könne bei der ungünstigen Finanzlage nicht darauf verzichten.

## Aus der Partei.

### Aus der finnischen Sozialdemokratie.

Vor kurzem hat die finnische Partei ausführliche statistische Angaben über den Stand der Parteibewegung in Finnland veröffentlicht. „Jinlänndstia Galeta“, das offizielle Organ der russischen Regierung in Helsinki, entnimmt diesem Bericht folgendes: Im Juni 1914 belief sich die Zahl der Parteimitglieder auf ebensoviel wie im Juni 1913, zum Jahresabschluss jedoch wies die Partei mit ihren 51 520 Mitgliedern einen Anstieg von circa 1500 Mitgliedern gegenüber dem Vorjahre auf. Ein Fünftel der Mitgliederzahl entfiel auf die weiblichen Mitglieder, während die Einteilung der Mitglieder nach ihrem Wohnort die für Finnland charakteristische Tatsache zeigte, daß drei Viertel der Mitglieder (37 708) auf die Städte entfielen. Von den Wahlkreisen stand Nivaland mit 8006 Mitgliedern an erster und Wiborg mit 7070 Mitgliedern an zweiter Stelle. Infolge Arbeitslosigkeit waren 1900 Mitglieder von der Zahlung der Mitgliederbeiträge befreit.

Die Partei bestand im Jahre 1914 aus 1554 Verbänden. Außerdem wirkten Hand in Hand mit der Partei 637 Gewerkschaftsverbände, denen 18 388 politisch organisierte und nur 4134 unorganisierte Mitglieder angehörten. Ferner wirkten als Unterabteilungen der Partei 40 Verbände der „Zwergpächter“ (Landarbeiter), 95 Jugendverbände, 101 Frauenverbände und 30 sonstige Vereine.

Die Parteiverbände bestanden im Jahre 1914 aus 800 Säulern, deren Wert sich auf 3 1/2 Millionen Mark belief. Ferner waren etwa zwei Millionen an Barbeständen vorhanden, denen eine Schuldsomme von etwa 4 Millionen gegenüberstand.

Die Verbände hielten im Verlauf des Jahres 12 700 Versammlungen ab und veranstalteten ferner 1400 Volksversammlungen und Demonstrationen.

Interessant ist die berufliche Gliederung der Parteimitglieder. Zur Partei gehörten: 17 565 Industriearbeiter, 6358 Bauarbeiter, 11 604 Landarbeiter und „Zwergpächter“, 10 552 diverse Arbeiter, wie Forstarbeiter, Hafenarbeiter, Eisenbahner, Handwerker usw. Ferner gehörten der Partei 4226 beruflose Personen, meist weibliche Familienangehörige von Parteigenossen an. Prozentual ergibt sich ein Bestand von 46,4 Proz. Industrie- und Bauarbeitern neben 22,5 Proz. Landarbeitern. Dies sind die beiden stärksten Gruppen in der Partei. Hierbei haben die Industriearbeiter nur in 6 Wahlbezirken die Mehrheit; in allen übrigen Bezirken stehen die Landarbeiter in den Parteiverbänden prozentual an erster Stelle.

Soweit das Zahlenmaterial des Parteiberichts für das Jahr 1914. Der Krieg hat hierin nur geringe Verschiebungen hineingetragen, da die Finnländer bekanntlich nicht zur Armee eingezogen werden dürfen. Freilich haben sich auch in Finnland Produktionsbeschränkungen, Leertung, polizeiliche Repressalien drückend bemerkbar gemacht und eine gewisse Zunahme der Auswanderung bewirkt. Im allgemeinen jedoch hebt sich das kleine Finnland auf dem Hintergrund des Weltbrandes wie ein vom Sturm verschontes Eiland ab. Möge ihm diese Ruhe auch weiter beschieden sein.

## Aus Groß-Berlin.

### Mängel in der Brotversorgung.

Seit etwa acht Tagen macht sich in Berlin eine Erscheinung bemerkbar, die ganz offenbar auf einen Organisationsmangel zurückzuführen ist, obgleich jede der etwa in Frage kommenden Stellen die Verantwortung dafür von sich abzuwälzen sucht. Die Hausfrauen können das für ihren Haushalt vorgesehene Quantum an Brot an der gewohnten Stelle nicht mehr erhalten. Der Versuch, an anderer Stelle Brot zu erhalten, schlug in vielen Fällen deswegen fehl, weil eine Anzahl Bäcker gegen ihre alte Kundschaft die Mißsicht übten, diese zuerst zu versorgen und für sie Brot zu reservieren. Schlimm erging es unter diesen Umständen dann solchen Leuten, die infolge eines Unzuges den Geschäftskleuten noch nicht als Kunden bekannt waren. Und es fehlt nicht viel, daß auch vor den Brotläden sich mit der Zeit ähnliche Anstimmungen aufbauten, wie wir sie vor den Butterläden leider schon gewohnt sind.

Vom Magistrat der Stadt Berlin erhalten wir aus diesem Anlaß folgende Zuschrift:

„An einigen Stellen glaubt man die Beobachtung gemacht zu haben, daß in einzelnen Bäckereien Berlins ein gewisser Mangel an Brot zu sehen. Diese Erscheinung wird im Zusammenhang mit Organisationsfragen gebracht und daran die Frage geknüpft, warum nach vielmalsmonatlichem Funktionieren der Brotverteilung jetzt Schwierigkeiten entstehen. Die Frage ist in der Tat berechtigt, denn es haben die Schwierigkeiten, soweit sie an einzelnen Stellen aufgetaucht sein könnten, mit irgendwelchen Organisationsmängeln an Reichs- oder kommunalen Stellen nichts zu tun. Es handelt sich vielmehr um Uebervangungsschwierigkeiten, die erfahrungsgemäß bei einer Veränderung der Wirtschaftslage leider unvermeidlich sind. Bekanntlich hat die Reichsgetreidebehörde den bei Beginn des Erntejahres erhöhten Kopfsatz nicht beibehalten, vielmehr sich zu einer Herabsetzung entschlossen. Dem mußte man in Groß-Berlin durch Verminderung der Gebäckportion und

durch erhebliche Beschränkung der Zahl der ausgegebenen Zusatzarten folgen. Den Bäckern durfte demgemäß nur ein entsprechend geminderter Mehlbetrag zugeteilt werden. Sie mußten ihren Betrieb hierauf einstellen, eine Notwendigkeit, die sich, wie anerkannt werden muß, nicht immer leicht erfüllen ließ, zumal das gefällig vorgeschriebene Streckungsmittel für sie nicht immer in genügender Maße erreichbar war, auch die Ausgiebigkeit des Mehls von ihnen bemängelt wurde. Wie immer werden auch hier die Uebergangsschwierigkeiten bald überwunden sein. Es wird vor allen Dingen für die Bäcker darauf ankommen, die ihnen überwiesene Mehlmenge so gleichmäßig zu verteilen, daß sie bis zum Schluß der Austeilungsperiode mit dem Mehl reichen. Den Interessen der Kriegserkauten widmet die Verwaltung in händiger Fühlung mit der Bäckereiindustrie besondere Aufmerksamkeit. Auch steht zur Zeit die Frage zur Prüfung, ob nicht für die Brotverteilung durch Erparung bei andern Gebäcksorten Mehl gewonnen werden kann.“

Haufsel klingt uns — offen gestanden — dieser Erklärungsversuch des Magistrats in keiner Weise. Die Zuteilung des Mehls soll sich nach den dafür geltenden Bestimmungen bei den einzelnen Bäckern nach der Zahl der von ihnen eingereichten Brotartenabschnitte richten. Bei der Verkleinerung der Brotportionen mußte deswegen den Bäckern für die erste Woche nach der Neueinteilung nicht ein Defizit entstehen, sondern ein Ueberschuß an Mehl verbleiben. Die Erklärung des Magistrats läßt aber die Deutung zu, daß man den Bäckern das Mehlquantum ohne Rücksicht auf die abgefertigten Brotartenabschnitte gekürzt hat. Das mußte natürlich zu Unzuträglichkeiten führen, da die Wirkung der vorgenommenen Verkürzung der Ration an verschiedenen Stellen durchaus verschieden war und sich in ihren Einzelheiten kaum im voraus übersehen ließ. Jedenfalls bedarf der gegenwärtige Zustand dringend der Aenderung. Mit bloßen Worten ist da wahrlich nichts getan.

### Salatölerfah.

So anerkenntswert das Bestreben ist, für Stoffe, die bisher etwa aus dem Auslande bezogen wurden, Ersatz zu schaffen, so liegt doch auch die Gefahr nahe, daß gerade dort, wo ein solcher Ersatzstoff sicherlich entbehrlich ist, die augenblicklich günstige Lage dazu benützt wird, den Geldbeutel des lieben Mitbürgers überflüssigerweise zu erleichtern. Wie Dr. Alpers in der „Pharmazeutischen Zeitung“ ausführlich stellt ein kräftiges Beispiel wertloser Kriegserfindungen ein sogenanntes Salatölerfah dar, bei dem an vielen Orten aufgetaucht ist. Das Erzeugnis ist für 1,40—1,60 Mark das Liter im Kleinhandel verkauft worden. Es stellte eine frisch gepresste Rohnöl ähnlich sehende, mit Zerkarbitoff gelb gefärbte wässrige Lösung eines gallertartigen Stoffes dar und enthielt 98,6 Proz. Wasser, 1,4 Proz. Trodenmasse. Nach den Untersuchungen ist es klar, daß diese Zubereitung Salatöl nicht ersetzen kann. Ihr Nährwert ist etwa dem einer emulgierenden wässrigen Pflanzenzähleim- oder Stärkölösung zu vergleichen. Salatöl hat einen mindestens 200mal höheren Nährwert. Der Preis von 1,40—1,60 Mark für das Liter wird also im wesentlichen für 98,6 Kubikzentimeter Wasser bezahlt. Eine Kostprobe von damit zubereiteten Salaten ergab, daß sie ihren Geschmack lediglich sonstigen Zutaten verdanken und daß der sogenannte Salatölerfah darin nur durch seinen eigenartigen, wenig angenehmen Geruch und Geschmack wirkte, der aber durchaus nicht fettartig war. Es ist lediglich das diätetische Aussehen, das der Salatölerfah mit dem Salatöl gemeinsam hat.

Verkehrshörungen im großen Umfang sowie Pferdeverluste durch Haulen und Betriebsstörungen wurden gestern in größerer Zahl infolge des unerwarteten andauernden Schneeefalls gemeldet. Der Schnee war unruhig und setzte sich überall leicht fest. Die Duse der Pferde, die Schienen, die Weichen und Uebergänge bilden eine feste Masse. Kaum gerührt, waren sie gleich wieder voll. Die Omnibusse, Kollwagen und schweren Fuhrwerke konnten nur mühsam vorwärts, obgleich sie Vorspann benutzten. Die Landeute, die Reitwägen zur Stadt kommen, sind zum allergrößten Teil ausgeblieben. Die Feuerwehr wurde ununterbrochen in Anspruch genommen, um gefahrte Pferde aufzurichten. Die Eisenbahnzüge kamen mit größeren Verspätungen hier an. Am die Hauptstraßen vom Schnee zu reinigen, wurden von der städtischen Straßenreinigung 55 Schneepflüge in Betrieb gesetzt. Schneeschipper waren nirgends zu haben, weder beim Arbeitsnachweis noch auf den Depots.

### An Entkräftung gestorben.

Seit Oktober v. J. wohnte in der Reichenberger Str. 154 im ersten Stock des Duergebäudes eine Frau Affelt mit einem jetzt 7 Monate alten Kinde. Ihr Mann, der Streckenarbeiter bei der Hochbahn war, befindet sich seit November in französischer Gefangenschaft. Die Hausbewohner, mit denen die Frau nicht verkehrte, beschwerten sich wiederholt beim Wirt, daß das Kind so viel und laut schreie. Sie hatte darauf dem Wirt gegenüber nur die Antwort: der Junge solle eine starke Lunge bekommen. Die Frau erhielt außer der Kriegsunterstützung von der Hochbahn 30 Mark im Monat. Ihre Großmutter, die in der Nähe von Berlin eine kleine Besitzung hat, brachte ihr öfter Kartoffeln, Kohlräben und dergleichen Nahrungsmittel. Seit Januar d. J. aber kam sie nicht mehr, wie die Hausbewohner meinen, weil sie sich mit der Enkelin aus irgendeinem Grunde überworfen habe. Frau Affelt hatte sonst nur noch Umgang mit einer Frau, die niemand im Hause kannte. Sie ging mit ihrem Kinde nie aus. Sei Sonnabend sah man sie überhaupt nicht mehr. Die Zeitungen blieben seit jenem Tage im Kasten stecken. Der Austräger machte jetzt den Wirt darauf aufmerksam. Als daraufhin die Polizei öffnete, fand man die Frau im Bette liegen. Vor einem Schranke, der neben dem Bette stand, lag in einem Korbe, der auf einem Stuhle stand, das Kind. Es war tot. Die Frau lagte nur, daß sie Hunger habe, weiter gab sie keine Auskunft. Sie trank gierig Milch, die die Nachbarn brachten und sah dazu Zwieback. Sie war sehr schwach und wurde nach dem Krankenhause in der Giskiner Straße gebracht. Das Kind ist nach der vorläufigen Feststellung an Entkräftung gestorben. In der Wohnung fand man noch 3 Mark und eine nicht verbrauchte Brotkarte von der vergangenen Woche.

Zu dem Raubmordversuch in der Kleinen Hamburger Str. 17, über den wir vor acht Tagen berichteten, erfahren wir, daß jetzt auch der zweite Täter ermittelt und festgenommen wurde. Auf dem bezeichneten Grundstück überfielen vor 8 Tagen kurz vor 10 Uhr abends zwei maskierte Männer den Bierhändler Pintos, um ihn zu berauben. Der eine, ein 19 Jahre alter wohnungsloser Arbeitsbursche Richard Engel, wurde sofort festgenommen. Der andere ergriff die Flucht und entkam. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß der Entflozene ein 27 Jahre alter ebenfalls wohnungsloser Heizer Max Schilling und daß dieser der Haupttäter war. Schilling verstand es bisher, sich allen Nachforschungen zu entziehen. Auf die Dauer aber mußte er doch bestimmt damit rechnen, daß man ihn finden und ergreifen werde. Deshalb beschloß er, Berlin zu verlassen und zu versuchen, über die österreichische Grenze zu kommen. Als er gestern abfahren wollte, fiel er auf dem Bahnhof einigen Leuten aus dem Publikum auf. Sie teilten ihre Wahrnehmung der Polizei mit, und diese nahm den Verdächtigen fest.

Für 5000 Mark Mehl erbeuteten Warencliebstes gestern in der Lindenstraße. Sie sahen vor dem Theater der Freien Volkshöhne einen Wagen stehen, der für 5000 Mark Weizen, Roggen- und

Pflanzenmehl enthielt, setzten sich hinauf und fuhren davon. Der Wagen war mit einem achtjährigen Ballast bespannt.

### Ausbau des städtischen Straßenbahnsystems.

Mehr noch als bei der Großen Berliner Straßenbahn hat sich der Krieg bei den städtischen Straßenbahnen, die erst kurze Zeit betrieben werden, sichtbar gemacht. Das bedeutend jüngere Personal wurde zum allergrößten Teil eingezogen und mußte durch ungeübte Personen, darunter Frauen ersetzt werden. Die sogenannten Sublinien mußten gänzlich eingestellt werden. Trotzdem hat sich der Verkehr auf den verbliebenen Strecken ausgezeichnet entwickelt, so daß die Verwaltung bemüht ist, ihn nicht nur voll ausreicht zu erhalten, sondern in diesem Jahre wesentlich auszuweiten. Die Einnahmen aus Fahrgeldern haben im vergangenen Jahre die Höhe von rund 3,8 Millionen Mark erreicht. Es ist dies ein Ergebnis, das volle Befriedigung erweckt. Für das kommende Rechnungsjahr wird mit einer Fahrgeldeinnahme von rund 3 680 000 Mark gerechnet. Es sollen nämlich nach der bevorstehenden Inbetriebnahme des Lindentunnels sämtliche Linien im vollen Umfange betrieben werden. Zu diesem Zweck soll ein „Großer Ring“ mit einer Wagenfolge von mindestens zehn Minuten eingerichtet werden, der das Rudolf-Virchow-Krankenhaus mit der Barisdauer Brücke, dem Hermannsplatz in Neukölln, dem Anhalter Bahnhof, Moabit usw. verbindet. Ein zweiter Ring: „Ostring“ soll zur Verbindung des Stettiner Bahnhofes mit dem Gölziger-, Warschauer- und Stralauer Bahnhof, dem Hermannsplatz—Unter den Linden usw. dienen. Der dritte Ring: „Westring“ führt vom Gesundbrunnen direkt nach dem Stettiner Bahnhof, durch den Lindentunnel weiter am Potsdamer Bahnhof vorbei, nach Moabit, zum Rudolf-Virchow-Krankenhaus, nach dem Gesundbrunnen. Dazu kommt als vierte Linie die Verbindung vom Kreuzberg durch den Lindentunnel nach dem Gesundbrunnen bis zur Ostseestraße an der Prenzlauer Allee. Die letzte Linie ist die vom Ostbahnhof ausgehende. Sie berührt ebenfalls den Gesundbrunnen, den Stettiner Bahnhof, unterfährt den Lindentunnel, kreuzt die Königgräber Straße beim Anhalter Bahnhof und endet am Kreuzberg. Mit der Großen Berliner Straßenbahn und der Berliner Elektrischen Straßenbahn sind Vereinbarungen über Anschlußbetriebe vereinbart worden, ähnlich den mit der Hochbahn bestehenden, die das Umsteigen erleichtern. Solche Bestehen auf den Anschlußbetrieben nach der Christiania-, Bornholmer und Wisbyer Straße, sowie ferner auf der Anschlußbetriebsstrecke „Moabit—Tiergarten—Ligowstraße“ für den „Großen Ring“. Der Betrieb für diese Strecken kann natürlich erst nach dem Kriege weiter ausgebaut werden, weil es jetzt noch an Wagen, die erst nach dem Kriege geliefert werden können und an Personal mangelt.

### Billige Sprossen!

Eine Firma in Altona-Ottensen, Spezial-Sprossenrührei, versendet an die Bureau großer Firmen Angebote folgenden Inhalts:

Ich biete Ihnen an:  
Feinste Kieler Sprossen  
frisch geräuchert  
die ca. 2 Pfund-Stücke mit M. 1,35  
u. u.

und will damit den Eindruck eines für den Käufer besonders vorteilhaften Angebotes hervorrufen. Wie vorteilhaft — allerdings nur für den Verkäufer — der Bezug der offerierten Ware ist, das möge der nachstehende Fall illustrieren:

Infolge eines solchen auch an ein Bureau gelangten Angebotes bestellten dort Angehörige zur Probe fünf solcher ca. 2-Pfund-Risteten und zahlten dafür einschließlich Porto und Bestellgeld 7,50 Mark. Die gelieferte Ware war nicht schlechter, aber auch nicht besser als die in hiesigen Warenhäusern geführte, aber — sie war enorm viel teurer; denn das Gewicht der einzelnen Risteten betrug nur 700—800 Gramm brutto (nicht, wie die Firma anbietet, ca. 1000 Gramm). Die leere Riste wog allein schon 250—300 Gramm, so daß jede Riste nur knapp 1 Pfund Ware enthielt, wofür die Bezahler 1,50 Mark bezahlten, während der Tagespreis in den Warenhäusern für 1 Pfund ausgewogene Sprossen 90 Pf. bis 1 Mark betrug. Die Gemeingefallenen hatten demnach dafür, daß sie den Anpreisungen dieser Firma Vertrauen schenken, die Ware um 50 Proz. zu teuer bezahlt. Auf eine Reklamation antwortete die Firma ausweichend, und auf erneuten Hinweis, daß die Betroffenen sich stark benachteiligt fühlen, schweigt sie sich aus.

Möge diese Darstellung andere vor gleichen Erfahrungen bewahren.

Zu dem rätselhaften Selbstmord des Schneiderlehrlings Artur Reumann wird uns geschrieben: Leider konnte nicht festgestellt werden, was den jungen Mann, der bis vor kurzem auch in der freien Jugendbewegung eifrig tätig war und sich dort allgemeiner Achtung erfreute, in den Tod getrieben hat. Zwar wird das eine oder andere Gerücht verbreitet, aber etwas Bestimmtes über die Ursachen des Selbstmordes ist nicht zu erfahren. Wir bitten daher alle die, die etwas Näheres darüber wissen, besonders die Freunde und Bekannten des A., die in der letzten Zeit mit ihm zusammen waren, ihre Wahrnehmungen umgehend dem Jugendsekretariat, Berlin SW. 68, Lindenstr. 8, IV. Hof 3 Treppen (Geschäftszeit 9—5 Uhr, Mittwochs und Freitags 9—1 und abends 1/2—8 Uhr) mitzuteilen.

Beim Verkauf von Brotarten wurde ein Händler Willi D 511 ertappt. Ein Kriminalbeamter, der Schankwirtschaften beobachtete, sah, wie ein Gast dem anderen heimlich etwas abgab. Er stellte fest, daß er Brotarten verhandelte und verhaftete den Mann. Dieser gibt an, daß er die Karten von einem unbekanntem Manne für 80 Pf. gekauft habe. Er verkaufte sie für 50 Pf. das Stück weiter. Die Karten stammen aus Diebstählen, die bei mehreren Brotkommissionen in der letzten Zeit verübt worden sind. — So wurden bei einer Kommission aus einem verschlossenen Schranke 300 Karten entwendet. Ob D 511 bei diesen Diebstählen auch beteiligt gewesen ist, oder für die Diebe den Fehler spielt, ist noch nicht aufgeklärt.

Der Kalksteinbruch Radersdorf bildet viele Jahre hindurch für den Staat und die Stadt Berlin eine gute regelmäßig fließende Einnahmequelle. Der Bruch gehörte bekanntlich der Stadt Berlin bezw. Kölln. Ueber die Eigentumsverhältnisse entstand später ein sehr langwieriger Prozeß, der mit einem Vergleich endete. Berlin begnügte sich mit einem Sechstel der Reineinnahmen und überließ dem Staate in einem Sozialvertrage den Abbau und die Ausbeute des gesamten umfangreichen Kalkstein- und Gipslagers. Im vergangenen Jahre ist nun ein Verlust auf dem Betriebe entstanden, der sich auf etwa 970 Mark beläuft. Für 1916 rechnet man mit einem Verlustanteil von rund 20 700 Mark, wovon Berlin zunächst die Hälfte übernehmen hat. Die Einnahmen früherer Jahre stellten sich auf 16—20 000 Mark, sogar noch höher. Der Rückgang ist auf die ungünstige Lage des Baumarktes zurückzuführen.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle, SO, Adalbertstraße 41, die jedermann zu unentgeltlicher Benutzung offensteht, ist im Monat Februar von 6989 Personen besucht worden. In der Ausleihbibliothek wurden 4070 Bände unterhaltende und belehrende Literatur nach Hause verliehen. In der Lesehalle liegen zurzeit 542 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus. Das Institut ist werktätig von 1/2—10 Uhr abends, Sonntags von 9—1 und 3—6 Uhr geöffnet.

Die Rettungsgeräte an den hiesigen öffentlichen Wasserläufen sind im Jahre 1915 in 21 Fällen zur Rettung und zu Verhütung der Rettung Ertrinkender benutzt worden, und zwar 16 mal mit Erfolg und 5 mal ohne Erfolg, außerdem 12 mal zur Bergung von Leichen.

Im Gewahrsam der Polizei erhängt hat sich der 36 Jahre alte Kaufmann und Arbeiter Rudolf Reinhard aus der Edisonstraße zu Oberischneide. Der Mann war dort Hausverwalter. Die Leute meinen, daß er geistig nicht ganz gesund gewesen sei. Am Freitag voriger Woche zog er die Riemen ein und verkaufte dann die Ofenröhren und andere Metallgegenstände. So bekam er im ganzen 600 M. Hiermit verabschiedete er. Er hinterließ einen Brief, daß er das Leben satt habe, sich aber erst noch einmal vergnügen wolle. Nachdem er mit dem Geld fertig war, stellte er sich der Kriminalpolizei. Wie er das Geld durchgebracht habe, darüber verteilte er jede Angabe. Gestern erhängte er sich im Gewahrsam mit einer Schnur.

Eine längere Störung im Straßenbahnverkehr trat am gestrigen Vormittag im Westen ein. Infolge Maschinendefektes in den Charlottenburger städtischen Elektrizitätswerken wurden sämtliche Speisepunkte des Westes stromlos, wodurch der Straßenbahnverkehr auf dem Kollnbuschplatz, in der Kant-, Kleist- und Joachimsthalerstraße sowie auf dem Kurfürstern- und Kaiserdamm gestört wurde. Durch Zuschalten benachbarter Speisepunkte wurde die stromlose Störung behoben, doch dauerte es immerhin eine Stunde, ehe der Betrieb in vollem Umfang wieder aufgenommen werden konnte.

Ein größerer Diebstahl wurde auf dem Schlessischen Güterbahnhof verübt. Dort stand für den Kaufmann Leo Schimmel aus der Thomaststraße 14 ein Waggon, der mit 20 Kisten Eier, die von außerhalb kamen, beladen war. Als Schimmel ihn entladen wollte, war das Vorhängeschloß abgebrochen, 4 Kisten mit 96 Schuß Eiern waren gestohlen. Sie sind gegen 1000 M. wert.

Leichenfund. Aus dem Letzowkanal ist in der Nähe der Klein-Machower Schleuse die Leiche einer unbekanntem Frau gelandet worden. Die Tote ist etwa 30 bis 32 Jahre alt, 1,75 Meter groß, von mittlerer Gestalt und hat starkes, rötlich schimmerndes Haar. Bekleidet war sie mit grünem Samtrock, schwarzer Bluse mit grünen Streifen und grünem Samteinfaß, grauem Jackett mit Hornknöpfen, fast neuen Schürstiefeln mit Lacksohlen. Da die Leiche schon längere Zeit im Wasser gelegen hat, wodurch bereits teilweise Verwesung des Gesichtes eingetreten ist, und Ausweisepapiere nicht vorgefunden wurden, konnte die Persönlichkeit der Verstorbenen bisher nicht festgestellt werden.

## Aus den Gemeinden.

### Gemeindevertreterwahlen in Pantow.

Der Termin für die Gemeindevahlen steht nunmehr fest. Dieselben finden für die dritte Abteilung am Sonntag, den 19. März, in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends statt. Der 3. Bezirk wählt im Restaurant Linder, Breitenstraße 34, der 4. Bezirk in der Turnhalle der V. Gemeinde, Wollankstr. 131. Die zweite Abteilung wählt am Montag, den 20. März, in der Zeit von 12-6 Uhr, im Gasthaus zum Feldmarschall Hindenburg, Breitenstr. 21a. Die Wähler erhalten, soweit möglich, noch besondere amtliche Einladungen.

### Die Butteranmeldung in Charlottenburg.

Es sei nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Abgabe des Mittelfüßers der Brotkarten für die 54. Woche als Anmeldung für den Butterbezug den Butterverkaufsstellen in Charlottenburg bis einschließlich Donnerstag, den 9. März, erfolgen kann.

### Metallenteignung in Neukölln.

Die Enteignungsanordnungen sind nunmehr sämtlich zugestellt worden, so daß jeder weiß, an welchem Tage er die enteigneten Gegenstände aus Kupfer, Messing und Aluminium zur Sammelstelle zu bringen hat. Die Abnahme der Metalle findet einweisen nicht mehr im Zimmer 465 des alten Rathauses, sondern im Flur des Rathauses statt; Zufahrt von der Donaustraße aus über den Rathaushof. Sollte jemand, der im Besitz von beschlagnahmten Metallgegenständen ist, bei der Zustellung der Enteignungsanordnungen übergegangen sein, so hat er auch ohne diese Anordnung seine Metalle bis spätestens 31. März d. J. bei der Sammelstelle abzuliefern. Diese nachträgliche Ablieferung bewirkt den Abliefernden vor Strafe. Am 1. April wird auf Grund der Verordnung des Oberkommandos mit der Zwangsbeschleibung gegen die Säumigen begonnen, und zwar werden die hinterzogenen Gegenstände auf Kosten der Betroffenen zwangsweise abgeholt werden.

### Lichtbildervortrag der Stadtgemeinde Neukölln.

Dienstag, den 14. März 1916, abends pünktlich 8<sup>1/2</sup> Uhr, veranstaltet die Stadt in der Aula der Realschule, Voddinstraße 34-41, einen Lichtbildervortrag mit dem Dozenten für Kunstgeschichte an der Freien Hochschule, Herrn Dr. Alfred Stöppen, der über das Thema „Kulturbilder aus den eroberten Städten des Kriegsschauplatzes“ sprechen wird.

Numerierte Platzkarten zum Preise von 10 Pf., die zugleich zur kostenfreien Abgabe der Garderobe berechtigen, sind vom 8. März ab im Rathaus, 2 Treppen, Zimmer Nr. 210, während der Dienststunden von 8-2 Uhr sowie an der Abendkasse von 7<sup>1/2</sup> Uhr ab erhältlich.

## Soziales.

### Gegen die Kürzung der Kriegsversorgung.

In der „Deutschen Juristenzeitung“ tritt Kammergerichtsrat Geh. Justizrat Dr. Wolff der Ansicht der Militärverwaltung entgegen, daß die Zivildienstleistung der Witwen der im Kriege gefallenen Zivilbeamten auf die Kriegsversorgung angerechnet werden dürfe. Er schreibt: „Das Militärhinterbliebenengesetz vom 17. Mai 1907 unterscheidet die allgemeine Versorgung der Hinterbliebenen von der Kriegsversorgung“. Die allgemeine Versorgung besteht im „Witwen- und Waisengeld“, das nach § 1 nur den Hinterbliebenen der — außerhalb des Krieges — verstorbenen aktiven oder der pensionierten aktiv gewesenen Offiziere, nach § 12 den Hinterbliebenen der aktiven oder pensionierten aktiv gewesenen Militärpersonen der Unterlassen und nach den weiteren Bestimmungen der Hinterbliebenen der aktiven oder pensionierten aktiv gewesenen Militärpersonen usw. zusteht. Die Versorgung der Witwen und Waisen der im Kriege gefallenen oder infolge des Krieges verstorbenen Militärpersonen wird dagegen im § 19 als „Kriegsversorgung“ bezeichnet, das nicht im Witwen- und Waisengeld, sondern im „Kriegswitwen- und „Kriegswaisengeld“ besteht. Fällt eine aktive oder aktiv gewesene, während des Krieges in den Wehrdienst wieder eingetretene Militärperson, so erhalten die Hinterbliebenen sowohl die im Witwen- und Waisengeld bestehende „allgemeine Versorgung“ als auch die im Kriegswitwen- und Kriegswaisengeld bestehende „Kriegsversorgung“. Dieser sich aus dem Gesetz unmittelbar ergebende Sach ist auch in den Worten zu § 19 durch die Ausführung hervorgehoben: „Die Kriegsversorgung soll nach dem Entwurf neben der allgemeinen Versorgung gewährt werden. Nur ist in diesem Fall die Kriegsversorgung mit Rücksicht auf die doppelte Versorgung teilweise geringer bemessen.“ Dann verwendet Dr. Wolff § 31 und seine Entstehungsgeschichte für seine Ansicht.

Die von Dr. Wolff behandelte Frage erscheint uns zutreffend und ist auch für die Hinterbliebenen der Nicht-Beamten von erheblicher Bedeutung. Bekanntlich nimmt die Militär-

verwaltung entgegen der auch von uns vertretenen Ansicht an, bei größerer Kinderzahl dürfe die Kriegsversorgung gekürzt werden, wenn sie die Sätze der „allgemeinen Versorgung“ übersteigen. Gegen diese Kürzung sprachen auch die angezogenen Ausführungen. Das Reichsgericht hat noch kein Urteil über diese Streitfrage erlassen.

### Ein Schuldner der Stadt Berlin.

Ein bei den städtischen Gaswerken beschäftigt gewesener Rohrleger hatte Arbeiten auf der Straße zu verrichten. Dabei passierte ihm das Ritzgeschid, daß ihm ein schweres Rohrstück aus der Hand glitt und eine Schaufelstange zerbrach. Den Schaden mußte die Stadt Berlin ersetzen und sie wollte sich nun wieder an dem Rohrleger schadlos halten. Dieser ist zwar der Meinung, daß er an der Entstehung des Schadens nicht schuldig sei, aber er ließ sich bewegen, die Schuld anzuerkennen und verpflichtete sich, dieselbe in Raten von einer Mark monatlich zu tilgen. Kürzlich gab der Rohrleger infolge eines Konflikt mit seinem Vorgesetzten die Arbeit bei den städtischen Gaswerken auf. Nun wurde ihm sein letzter Wochenlohn, 44 M., nicht ausgezahlt, sondern auf seine Schuld verrechnet, die sich auf 124 M. belief. — Der Rohrleger klagte wegen Auszahlung des Wochenlohnes bei der Kammer 3 des Gewerbegerichts. Hier machte der die Beklagte vertretende Stadtschreiber geltend, daß die Aufrechnung zulässig sei, weil der Kläger nach seinem Lohn für die letzten 10 Monate einschließlich Ueberstunden und Kriegszulage berechnet, ein Jahreseinkommen von 2300 M. haben würde. Als dieser Rodus, das Jahreseinkommen festzustellen, am Richterliche als zweifelhaft bezeichnet wurde, erhob der Stadtschreiber Widerklage in Höhe der Schuld des Klägers. Schließlich kam es auf Anraten des Vorsitzenden zu einem Vergleich, wonach der Kläger von seinem letzten Wochenlohn 10 M. erhält, auf den Rest verzichtet, wogegen die Stadt Berlin die Schuld des Klägers löst.

Wenn endlich wird in den städtischen Betrieben das Lohnbeschlagnahmengesetz richtig ausgelegt werden?

### Bezahlung des Entlassungstages.

Ein Zimmerer, der am Vormittag eines Arbeitstages entlassen wurde und den Lohn nur bis zur Stunde der Entlassung erhalten hatte, klagte bei der Kammer 3 des Gewerbegerichts auf Bezahlung des vollen Entlassungstages. Das Gericht wies die Klage mit folgender Begründung ab: Im allgemeinen müsse bei Entlassungen, die vor Schluss des Arbeitstages erfolgen, obgleich Arbeit vorhanden sei, der Tag voll bezahlt werden. Im vorliegenden Falle stehe aber fest, daß der Kläger nur für eine bestimmte Arbeit angenommen war. Da diese am Vormittag des letzten Arbeitstages fertig wurde, so sei die Entlassung berechtigt gewesen ohne Rücksicht darauf, ob der Beklagte noch andere Arbeit hatte. Der Lohn brauche also nur bis zur Stunde der Entlassung bezahlt werden.

### Die Bautätigkeit in deutschen Städten.

Das Statistische Amt der Stadt Köln veröffentlicht Tabellen über die Bautätigkeit in deutschen Städten vom 1. Juli bis 30. September 1915. Wir entnehmen den Zusammenstellungen folgende Angaben:

In der Berichtszeit war die Bautätigkeit äußerst gering. In der Gesamtheit der Städte — mit Ausnahme der Angaben von Mainz, die sich zum Vergleich nicht eignen, sowie von Barmen, Dortmund, Duisburg, Plauen, Posen, Mannheim und Rülheim (Ruhr), von denen die vorjährigen bzw. diesjährigen Angaben fehlen — wurden nur 557 Wohngebäude errichtet gegen 1800 im gleichen Viertel des Vorjahres, und der Zugang an Wohnungen betrug in derselben Zeit nur 3988 gegen 11 611.

Der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen betrug nach den Ermittlungen vom laufenden bzw. Vorjahre über 5 in Altona (6,09), Wiesbaden (5,97), Hamburg (5,75), Charlottenburg (5,21) und Düsseldorf (5,13). Zwischen 3 und 5 bewegte er sich in Berlin-Schöneberg, Rürnberg, Köln, Barmen, Leipzig. Zwischen 2 und 3 Proz. betrug der verfügbare Wohnungsbestand in 13 Städten. Unter 1,5 Proz. hielt er sich nur in Braunschweig, Erfurt, Straßburg, Lübeck und Stettin. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahres hat der Bestand an leerstehenden Wohnungen in den beteiligten Städten ganz erheblich zugenommen.

Von Behörden, gemeinnützigen Vereinen und Bauvereinigungen wurden die meisten Arbeiterwohnungen mit 66 in 20 Häusern, in Offen hergestellt. Dann folgen Magdeburg mit 58 in 3 Häusern, Erfurt mit 37 in 20 Häusern, Duisburg mit 23 in 8 Häusern, Frankfurt a. M. mit 22 in 7 Häusern usw. Wohnungen in Beamtenwohnhäusern kamen in Zugang 56 in Kassel, 33 in Bremen, 23 in Stuttgart und 1 in Hannover.

## Gerichtszeitung.

### Mordprozess Kuhn.

Heute beginnt vor dem Schwurgericht des Landgerichts III die neue Verhandlung gegen den Rentier und ehemaligen Apotheker Paul Kuhn, der unter der schwereren Beschuldigung des Mordes und der Untertüchtung steht.

Es handelt sich, wie noch erinnert sein dürfte, um den mysteriösen Tod der 39 Jahre alten Schneiderin Frida Klem, deren Leiche in starkverwestem Zustande am 28. Juni 1914 in der Falkenhagener Forst bei Finkenkrug, in einem Gebüsch liegend, aufgefunden wurde. Man glaubte zuerst an einen Selbstmord; die Behörde kam aber nach und nach auf Grund verschiedener Umstände zu der Ueberzeugung, daß es sich um ein Verbrechen handele. Außer anderen Verdachtsgründen, die den Angeklagten als den Täter erscheinen lassen können, spricht gegen ihn namentlich der Umstand, daß er ein der Verstorbenen gehörendes Sparlakenbuch, welches nach ihrem Tode gesperrt worden ist, am 15. Oktober 1914 bei der Weissenhofer Sparkasse zu veräußern versucht hat und zwar durch ein junges Mädchen, welches sich fälschlich den Namen Frida Klem beilegen sollte. Der Angeklagte wurde auf der Straße festgenommen, als er auf das Mädchen wartete. Es wird noch erinnert sein, daß der Angeklagte bestritt, die Klem persönlich gekannt zu haben, während die Anklage nachzuweisen sucht, daß er Heiratsannoncen unter falschem Namen aufgegeben und brieflich und persönlich mit der Klem in Verbindung gestanden habe. Dazu kommt, daß er außer dem Sparlakenbuch auch im Besitz verschiedener der Klem gehöriger Sachen sich befunden hat, die in der Klem'schen Wohnung vermißt wurden. Der Angeklagte behauptet befanntlich, daß er das Sparlakenbuch und die Sachen in einem Paket in einem Abteil der Stadtbahn in der Nähe der Station Schmargendorf gefunden und sich angeeignet habe.

Der Angeklagte ist jetzt 51 Jahre alt, verheiratet und Vater von fünf Kindern. Er ist seinerzeit Besitzer zweier Häuser gewesen, verkehrte mit seiner Familie in hochangesehenen Kreisen und hat verschiedene Werke über Zoologie, insbesondere über die Käferwelt, verfaßt. Der Verlauf der ersten gegen ihn vor dem Schwurgericht am 25. November v. J. stattgefundenen Verhandlung förderte Dinge zutage, die darauf hindeuteten, daß der Angeklagte ein mit seinem wissenschaftlichen Streben kaum zu vereinbarendes Doppelleben geführt haben muß. Die Rechtslage ist infolge des Umstandes, daß die Leiche bei der Auffindung stark verwest war und deshalb die Todesursache der Klem nicht mehr festzustellen werden können, sehr verwirrt. Der Staatsanwalt hatte aus diesem Grunde seinerzeit die Aufhebung der Verurteilung des Angeklagten wegen Mordes beantragt und nur die Anklage wegen Unterschlagung

aufrecht erhalten. Die Eröffnungskammer aber hatte sich dafür schlüssig gemacht, das Verfahren auch wegen Mordes zu eröffnen. Die neue Verhandlung wird wieder von dem Landgerichtsdirektor Hesse geleitet. Ueber den Ausgang werden wir berichten.

### Theaterklagen.

In der Klage des Direktors Max Reinhardt gegen den Deutschen Bühnenverein wurde gestern zugunsten des Klägers dahin entschieden, daß der Deutsche Bühnenverein kostenpflichtig beurteilt wurde, anzuerkennen, daß der Kläger durch seinen freiwilligen Austritt rechtmäßig aus dem Bühnenverein ausgeschieden ist.

## Aus aller Welt.

### Wie hohe Fleischpreise entstehen.

Zu festigen Szenen kam es in der vergangenen Woche auf dem Schlachthof in Breslau, wohin ein Rittergutsbesitzer zwei Bullen zum Verkauf hatte treiben lassen. Er forderte für den ersten, 482 Pfund schwer, 1240 M.; für den zweiten, 886 Pfund schwer, 1800 M. und erhielt auch das Geld. Als jedoch das Gewicht bekannt wurde, geriet er in Schwierigkeiten und zahlte dem einen Käufer 258 M., dem anderen 50 M. zurück. Trotzdem ist gegen den Herrn, der 180 Hektar Land besitzt, Anzeige wegen Betruges erstattet.

Auf dem Frankfurter Schlachthofmarkt bot nach Mitteilung aus Konjunkturkreisen ein Viehhändler einem Metzger eine Kuh für 2000 M. an. Der Metzger lehnte ab. Nach einer Stunde bot derselbe Händler demselben Metzger das Tier für 1700 M. an. Wieder Ablehnung. Schließlich verkaufte der Händler die Kuh für 1470 M. an einen anderen Metzger, also um 530 M. weniger, als sie für den ersten Metzger hätte sein sollen. Wie mag dieser Händler die Kuh in Wirklichkeit eingekauft haben, wenn er sie schließlich „nach“ für 1470 M. veräußerte?

### Die „guten Sitten“ im Nahrungsmittelgewerbe.

Das chemische Untersuchungsamt der Stadt Dürren (Rhld.), dem auch die Kreise Dürren, Erkelenz, Jülich und Schleiden angeschlossen sind, veröffentlicht seinen Jahresbericht. Die Ergebnisse der Untersuchung beweisen die vielfache Ueberschneidung des Publikums, ja direkte Fälschungen der Nahrungsmittel- und Genussmittel. Besonders war dies der Fall bei Waren, die ausdrücklich für „unserer Heilgrauen“ angepriesen waren. Ein Liter Milch, das aus Tabletten kondensierter Milch hergestellt war, stellte sich in einem Falle auf 7,50 M. Ein Pfund Schmelzschokolade war mit Baumwollsaatöl verfälscht. Ein Pfund Himbeermarmelade in Tuben stellte sich auf 5,33 M. Naturschönig war vielfach nur Kunstschönig, Grogwürfel Marke „Südtrol“ enthielten 0,5 Gramm Alkohol, ein Liter Rum würde sich danach auf 95,75 M. stellen. Bei „Rum-Granaten“, die für 1 M. die Schachtel verkauft wurden und nur einen Kaffeelöffel Rum enthielten, folgte das Liter Rum 80 M.! Kaffee war stark mit Sojabohnen verfälscht. Im Idealkaffee „Marke Pif“ konnte Kaffee nicht nachgewiesen werden, Marke „Schönengraben“ kostete 8 M., „Lutti-Gusti-Kaffee“, meistens gemahlene Bohnen, 10,42 M. das Pfund, Marke „Unsern Kriegern“ stets das Beste“ 11,00 M., Drugies Kaffee-tabletten 10 M. Ein Pfund Tee stellt sich bei Atrol-Tee-Tabletten auf 21,74 M.

Eine rechte Auslese des Geschäftsgeistes! Die Vorgänge während des Krieges haben wohl zur Genüge bewiesen, daß es mit den früher so oft betonten „guten Sitten“ im Nahrungsmittelgewerbe nicht gerade glänzend bestellt ist. Im Gegenteil. Das privatwirtschaftliche Bestreben, sich recht schnell zu bereichern, bildete auch hier das größte Hindernis für die Sicherstellung der Volksernährung.

### Verheimlichte Getreidevorräte.

Wir berichteten unter der Ueberschrift „Die Unzufriedenen“ in Nr. 55 des „Vormärts“ u. a. auch, daß im Fürstentum Lippe die neue Getreidebestandsaufnahme 200 000 Zentner mehr Getreide ergeben habe als im November v. J. Wir bemerkten dazu, daß dies etwa 25 Proz. der gesamten Brotgetreideernte ausmache. Die Fürstlich Lippsche Regierung ersucht uns nun um die Richtigstellung dieser Meldung. Es seien nur 46 000 Zentner Getreide mehr ermittelt worden, das sind etwa 9,33 Proz. der Gesamternte.

Unsere Mitteilung stützte sich auf Angaben der „Lippischen Landeszeitung“, die wir nicht in Zweifel ziehen konnten. Uebrigens ist kürzlich von anderer amtlicher Stelle in Lippschen Zeitungen ein Artikel veröffentlicht worden, worin es heißt, daß bei der dort üblichen strengen Kontrolle keine erheblichen Differenzen hätten vorkommen können. Trotzdem sind aber noch fast 50 000 Zentner Getreide mehr ermittelt worden!

### Das Rennpferd im Jugendautomobil.

Ein wahrhaft beneidenswertes Dasein führt, wie amerikanische Sportblätter berichten, das Rennpferd „Mylan“, das von einem amerikanischen Millionär für den Preis von 250 000 M. erworben wurde. Um das Pferd von einem Rennplatz zum anderen zu bringen, ohne es irgendwelchen Reizestrajzen aussetzen, ließ der Besitzer des Pferdes ein Automobil konstruieren, dessen luxuriöse Einrichtung die phantastischsten Träume des Kostbarsten und wertvollsten aller Rennpferde übertrifft. Der äußerst geräumige Wagen enthält Stallung, Stroh, Decken, Futterraum und eine Schlafkammer für die Pferdeträchte. Alle Einzelheiten sind in sehr haltbarem und teurem Material ausgeführt. Der Wagen, der auf zwei Rädern ruht, wird an ein dreirädriges Gefäß angehängt, das nur den Motor und den Führersitz enthält. Um die Reisen möglichst schnell zurücklegen zu können, wurde das eigenartige Gefährt mit einem 40 PS-Motor ausgestattet.

Wir sind neugierig, zu wissen wie die Menschen leben, denen der um sein Rennpferd so besorgte Millionär seine Millionen verbaut.

Nichtabhandlungen im Religionsunterricht. Ein liebevoller Seelsorger und Jugendbildner muß der Herrar Emilio Riccio aus Rosslingen sein, der einem Bericht des „Berl. Tageblatts“ zufolge von der Strafkammer in Weh wegen Nichtabhandlung seiner Schüler zu 200 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Einigen Schülern, die den Katechismus nicht fehlerlos herlesen konnten, verabreichte er täglich Lieder mit einem Stück Glockenseil. Anderen Schülern verleihte er mit seinen angelegten Schuhen Lätze auf Rücken und Beine. In der Verhandlung kam auch zur Sprache, daß der Angeklagte verschiedentlich in angelegten und in Zustände zum Unterricht kam.

Die Unruhen in Barcelona. Die Londoner „Times“ meldet aus Barcelona, daß die Arbeiterunruhen dort zunehmen. Die Karnevalsfeierlichkeiten wurden verschoben. Militär bewacht die Fabriken.

Auch in Carthagena kam es zu Unruhen. Dort machten 2000 Ausständige den Versuch, eine Fabrik zu stürmen, wurden aber von einer aus Gendarmen und Soldaten gebildeten Fabrikwache daran gehindert. Bei dem Zusammenstoß wurden fünf Ausständige getötet, elf Ausständige und sechs Soldaten wurden verletzt.

Ein neues Eisenbahnnetz in Italien. Auf der Strecke Sabona-Genua fliegen am Dienstagmorgen bei Poano ein Personenzug und ein Güterzug zusammen. Ein Locomotive und zahlreiche Beiwagen waren die Opfer. Drei Waggon wurden vollständig zerstört. Als Ursache wird falsche Weichenstellung angenommen.

## Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 474 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:  
 Infanterie usw.: Garde- 2., 3. und 5. Garde-Reg. p. R.; Garde-Gren.-Regiment Franz, Elisabeth und Augusta. Gren.-Inf.-oder Füj.-Regimenter Nr. 3, 5, 9, 10, 11, 13 bis einschl. 16, 26, 27 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 221), 28, 30, 31 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 110), 34, 35, 39 bis einschl. 44, 46 bis einschl. 49, 51, 53 bis einschl. 63, 65, 66, 67, 69, 75, 76, 77, 79, 82, 83, 85, 88, 90, 93, 94, 95 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 221), 97, 98, 109, 112, 113, 114, 116, 117, 120, 130 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 255), 131, 141, 142, 148, 150, 152, 156, 189 (f. Garde-Gren.-Reg. Elisabeth), 170, 171, 172, 174, 175, 184, 187, 220, 232, 244, 252, 254, 257, 258, 260, 264, 268 bis einschl. 271, 273, 280. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 8, 9, 10 (f. Inf.-Reg. Nr. 354), 22, 23, 26 bis einschl. 30, 34, 37, 38, 48, 51, 56, 59, 60, 61, 64, 66, 68, 69, 76, 77, 83, 87, 90, 91, 92, 99, 111, 116, 130, 201, 202, 208, 213, 220, 221, 224, 225, 227, 228, 230, 232, 236, 238, 261, 252, 254, 255, 256, 258, 260, 292 bis einschl. 296. Erf.-Inf.-Regimenter Nr. 20, Königsberg Nr. 3 (f. Inf.-Reg. Nr. 378), v. Ruhbaum (f. Inf.-Reg. Nr. 380). Ref.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 2. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 3, 12, 20, 46, 48, 49, 51, 52, 57, 60, 61, 66, 76 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 69), 83, 84, 85 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 116), 99. Kombinierte Erf.-Bataillone der Infanterie-Regimenter Nr. 23 und 63 (siehe Infanterie-Regiment Nr. 352). Kombinierte Erf.-Bataillone Nr. 7, 8 (beide siehe Infanterie-Reg. Nr. 357), 13, 14 (beide siehe Inf.-Reg. Nr. 360), 23 (f. Inf.-Reg. Nr. 370), 40 (f. Inf.-Reg. Nr. 368), 58 (f. Erf.-Inf.-Reg. Nr. 29), 76 (f. Inf.-Reg. Nr. 371), 82 (f. Erf.-Inf.-Reg. Nr. 29), 83 (f. Inf.-Reg. Nr. 371), 84 (f. Erf.-Inf.-Reg. Nr. 29), 86 (f. Inf.-Reg. Nr. 364). Garnison-Bataillone Spandau sowie Nr. 2 und 3 des 6. Armeekorps. Ref.-Räger-Bataillone Nr. 10, 16, 17. Radfahrer-Komp. Nr. 56 und Komp. Müller des Gouvernements Libau; Ref.-Radfahrer-Komp. Nr. 76. Maschinengew.-Abt. Posen; Erf.-Maschinengew.-Abt. des 16. Armeekorps. Maschinengew.-Formation des 20. Armeekorps. Gebirgs-Maschinengew.-Abteilungen Nr. 232 und 237. Festungs-Maschinen-

gewehr-Abteilungen Nr. 7 und C Neubereich; Ref.-Festungs-Maschinengew.-Abt. Nr. 2 (Mech). Festungs-Maschinengew.-Komp. Nr. 2 (Strohhurg i. E.). Kavallerie: Regiment der Garde du Corps. Dragoner Nr. 5, 13, 15, 17. Ref.-Mantel Nr. 4. Jäger zu Pferde Nr. 13. 1. Landw.-Eskadr. des 1. Armeekorps. Feldartillerie: 7. Garde-Reg.; 1. Garde-Ref.-Reg. Regimenter Nr. 17, 20, 45, 56, 57, 101; Ref.-Regimenter Nr. 50 und 51. Fußartillerie: Ref.-Regimenter Nr. 9 und 14. Fußart.-Batterien Nr. 286, 287, 573. Kurze Karabinen-Batterie Nr. 5. Pioniere: Regiment Nr. 19 und 24. Bataillone: I. Nr. 1, II. Nr. 7, III. Nr. 9, I. Nr. 16. Ref.-Kompagnien Nr. 48 und 49; 6. Landst.-Komp. des 3. Armeekorps. 4. Landst.-Pionier-Park-Komp. Minenwerfer-Kompagnien Nr. 5, 8, 29, 313. Verlehrstruppen: Militär-Eisenbahndirektion III. Eisenbahn-Reg. Nr. 3 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 221). Festungs-Eisenbahnbau-Komp. Nr. 11. Kraftwagenkolonne des 4. Armeekorps; Etappen-Kraftwagenkolonne Nr. 8. Train: Train-Abteilungen Nr. 4 und 6. Ref.-Fuhrpark-Kolonne Nr. 66; Etappen-Fuhrparkkolonne Nr. 239. Pferdebesatz Nr. 84. Etappen-Offizierskolonne Nr. 1 des 10. Armeekorps. Sanitäts-Formationen: Ref.-Sanitäts-Kompagnien Nr. 9 und 61; Landw.-Sanitäts-Komp. Nr. 16. Ref.-Lazarett Mühlheim an der Ruhr. Sanierungskommando Ilowa. Armierungs-Formationen: Armierungs-Bataillone Nr. 34, 62, 63, 64, 66, 67, 70, 75, 78, 93, 99, 111, 123; Armierungs-Erf.-Kommando Neubann. Beobachtungs-Kommando des Gefangenenlagers Holzwinden.

Der Schluss der württembergischen Verlustliste Nr. 352 wird veröffentlicht deren Inhalt wir schon bekanntgegeben haben. Die württembergische Verlustliste Nr. 353 meldet Verluste des Landst.-Inf.-Reg. Nr. 13; Erf.-Inf.-Reg. Nr. 52; Gren.-Reg. Nr. 119; Erf.-Bat. Gren.-Reg. Nr. 119; Inf.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 120; Inf.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 121; Füj.-Reg. Nr. 122; Inf.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 124; Inf.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 125; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 248; 1 Landst.-Inf.-Bat. Stuttgart; Landst.-Inf.-Bat. Ehingen; Radfahrer-Komp. Nr. 1. Landw.-Feldart.-Reg. Nr. 1; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 26; Feldart.-Reg. Nr. 29, 2, 3, 4, 6. Feld-Pionier-Komp.; 6. Landw.-Pionier-Komp. Kraftwagen-Park der Armeeabtl. Goede. Div.-Brückentrain Nr. 26. Verluste durch Krankheiten. Berichtigungen früherer Verlustlisten.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Abends 8. IV. 501 rechts, vorher am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Brief muss ein Rückblatt und eine Zahl als Werkzeichen beifügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentlohnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Billige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

**Nr. 2. 3.** 1. Darüber besteht zwar keine bestimmte Vorschrift; es ist doch aber selbstverständlich, dass der junge Mann einige Tage vorher einlassen werden muss, um die notwendigen Angelegenheiten vor seiner Einberufung zum Wehrdienst erledigen zu können. 2. Die Gebühren mühe der Wehrung zahlen, die Anmeldung hat bei der Handwerkskammer zu geschehen. — **Nr. 30.** 1. Sie müssen die Abgaben der Wehrkarte von der vorigen Woche zur Erlangung von Quittungen abgeben, damit das Geld nicht in die Kassen der Wehrverwaltung einfließen kann. 2. Die Annahme der Wehrkarte hat auf die Rentenfestsetzung keinen Einfluss. Sind Sie in Ihrer Erwerbsfähigkeit durch den Unfall noch beschränkt, so erhalten Sie dementsprechend eine Rente. — **Nr. 77.** Rein, Sie müssen erst unter Einwirkung des ärztlichen Mittels auf Lösung des Vertrages klagen. — **Nr. 13.** Rein, da die Bedürftigkeit sicher vorkommt. — **Nr. 31. Ja.** — **Nr. 50.** 1. und 2. Einer Behörde gegenüber, ja. 3. Ja. 4. Die tatsächlichen Ausgaben dafür. — **Nr. 100.** Ein solches Werk werden Sie jetzt schwerlich erhalten können, da der Verkauf durch die Behörden verboten ist. — **Nr. 12.** Sie müssen Ihre Anträge wiederholen, da Ihr Brief bei uns nicht eingegangen ist. — **Nr. 25. Ja.** — **Nr. 20.** 1. Es müssen Ihnen doch die statistischen Leistungen der Krankenkasse gewährt werden. 2. Eine andere Stiftung ist uns nicht bekannt. 3. Von der Göttinger-Stiftung 50 M., aber nur für Frauen von Kriegsteilnehmern. — **Nr. 100.** Einen Zahlungsbefehl können Sie nur gegen die Frau erlassen. — **Nr. 25.** 1. Für uneheliche Kinder wird noch keine Kriegsanleihenrente gezahlt. Es ist wahrscheinlich, dass eine solche Bestimmung etwa nach Kriegsende in das Gesetz eingefügt wird. 2. Die Mutter erhält in dem Falle die Unterstützung nicht weiter, sie könnte event. Armenunterstützung beanspruchen. — **Nr. 1.** Der 38,47 M. übersteigende Bodenlohn unterliegt der Erhebung, dazu gerechnet werden auch alle Nebenbezüge. 2. Ja. 3. Wenn das Objekt nicht 600 M. übersteigt, ist die Klage beim Amtsgericht zuständig; sie kann sofort eingeleitet werden. — **Landsturm, Kurland.** Nach den Ausführungsbestimmungen zu dem kaiserlichen Erlassenerlass sind nur die bis zum 27. Januar 1916 verhängten, noch nicht oder erst teilweise vollzogenen Disziplinarstrafen erlassen. Somit ist gegen die Bestrafung nichts zu unternehmen. — **Nr. Rein.**

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Zeitweise heiter, jedoch vorwiegend bewölkt, mit im allgemeinen geringen Niederschlägen. Temperatur in der Nähe des Gefrierpunktes.

## Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim. Bezirk Reinicken dorf-Ost.**

Am Montag, den 6. März, verstarb nach längerer schwerer Krankheit unser Genosse, der Schlosser

**Johannes Klaiher**

Nachbarnstr. 106.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung erfolgt am Donnerstag, den 9. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in der Humboldtstraße aus.  
 Rege Beteiligung erbittet  
 Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.**

Den Kollegen zur Nachricht, dass unser Kollege, der Metallarbeiter

**Friedrich Grimm**

Boghaener Str. 25  
 am 5. März gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichstraße aus statt.  
 Um rege Beteiligung erachtet  
 112/11 Die Ortsverwaltung.

**Nachruf.**

Den Kollegen ferner zur Nachricht, dass unser Kollege, der Metallarbeiter

**Josef Ryborsch**

Karlshorst  
 am 25. Februar gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Steglitz.**

Am 6. März nach langer Krankheit, der Parteigenosse

**Hermann Neumann**

(Siemensstr. 30, 13. Bez.)  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Steglitzer Gemeinde-Friedhofes aus statt.  
 Die Träger treffen sich auf dem Friedhofe.  
 Um rege Beteiligung bittet  
 134/18 Der Vorstand.

**Westmann's Trauermagazin**

Größte Auswahl.  
 Billigste Preise.  
 I. Mohrenstraße 37a (Kolonaden)  
 II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)  
 Auswahlsendungen sofort.  
 Amt Zentrum 7990.  
 Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

**Verh. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschehersteller Deutschlands. Filiale Berlin.**

Unseren Mitglieder hiermit zur Nachricht, dass der Herr

**Franz Meißner**

geb. 31. III. 1867  
 am 6. März verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. d. M., nachmittags 3 Uhr, auf dem evangelischen Kirchhof am Mariendorfer Weg statt.  
 167/11 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Kupferschmiede Deutschlands. Filiale Berlin.**

Am 6. März verstarb nach langem Krankenlager unser langjähriger Mitglied und Mitbegründer unserer Filiale, der Kollege

**Julius Triebel**

im Alter von 79 Jahren, an Influenza.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Reuthestr. Hermannstraße 129-137, aus statt.  
 Um rege Beteiligung bittet  
 99/8 Der Filialvorstand.

**Gewidmet zu seinem 25. Geburtstag am 9. März 1916.**

Als Opfer des Weltkrieges fiel nach 12 Monaten schmerzlichen Kampfes am 1. August 1915 mein heiliger, treuer, kühner Mann, unser guter Sohn, Bruder, Schwager, Neffe, Vetter und Freund, der Gewerkschafter

**Franz Smolka**

Kaiser-Alexander-Garde-Regiment 1  
 Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse.  
 In diesem Schmerz  
 Anna Smolka geb. Hoffmann als Wittwe,  
 Familie Johann Smolka,  
 Berlin/Hinterwalde,  
 Marg. Hebede und Frau,  
 3. J. Garnison,  
 Martha Kühn,  
 Carl, Schwager und Schwägerin,  
 Ernst Smolka, } als Brüder,  
 Paul Smolka }  
 Meta Hebede,  
 Heinz Berlin als Freund  
 3. J. im Felde  
 nebst allen Verwandten.  
 Er ging dahin, den ich so innig liebte,  
 Der gute Gatte, meines Lebens Licht,  
 Er ging dahin, der nie mein Herz betrübte,  
 Und ließ mich einsam, trostlos hier zurück.  
 In einem Garten bellte dich Graberde zur letzten Ruh!  
 Deine liebe Anna,  
 Auhe im Frieden! 68/1

**Reuters Werte**

3 Bände 4 Mark  
 Buchhandlung Vorwärts

**Deutscher Transporthelfer-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, dass unser Kollege, der Geschäftsführer

**Heinrich Heiden**

von der Firma Riles-Werke in Oberhavelmühle am 7. März im Alter von 41 Jahren verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Lazarus-Kirchhofes in Ahrensfelde aus statt.  
 62/13 Die Bezirksverwaltung.

**Danksagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Radmaschinenbauers

**Maximilian Teichert**

lagen wir allen Freunden und Kollegen sowie dem Sozialdemokratischen Wahlverein des 4. Kreises und dem Deutschen Holzarbeiterverband unsern herzlichsten Dank.  
 Pauline Teichert  
 nebst Söhnen, Schwiegerkinder und Enkelkindern.

**Extra-Unterstützungskasse für Buchbinder u. verw. Gewerbe zu Berlin.**

Sonntag, den 12. März, vorm. 10 Uhr, Luisenufer 17 im Restaurant:  
**Generalversammlung.**

Tagesordnung:  
 1. Berichterstattung des Protokolls. 2. Bericht des Vorstandes und Entlassung. 3. Berichterstattung Kassenzustand. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin.**

Den Kollegen zur Nachricht, dass unser Mitglied, der Maler

**Louis Lahmann**

(Bergstr. 20)  
 am 4. März verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 8. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des zweiten Schöneberger Friedhofes in Schöneberg, Eulienstr., aus statt.  
 135/9 Die Ortsverwaltung.

**Stoffe**

für feine Damen-Kostüme, Herren-Anzüge usw.

Mtr. 4,-, 6,-, 8,-, 10,-, 12,- M.

**Tuch-Lager**

Koeh & Seeland G. m. b. H., Gertraudenstr. 20/21, gegenüber d. Petrikirche.

**Nervöse**

Störungen u. Erregungszustände, Schlaflosigkeit, nervöse Herzbeschwerden, Reidel's "Baldramin" (reiner Pflanzenauszug), ein ungemein beruhigendes, hilfreich wirkendes Spezifikum, d. natürl. Medis. f. d. Nerven. 71.221. So l. W. Hof. u. Dro. nicht erhältl. fr. 2.50. Otto Reidel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

**CARDINAL**  
 ZIGARETTEN  
 sind Qualitätsmarken

**FOVEAUX**  
 RAUCHTABAKE  
 überall erhältlich



**Auf den Schulweg**  
 sollten Sie ihren Kindern einige Hyber-Tafelchen mitgeben, um sie vor den Folgen rauher Witterung zu bewahren.

**Hyber-Tafelchen**

**TABLETTEN**

Sind mit feinsten Lakritz und edler Pfefferminze hergestellt und bewirken durch erhöhten Speichelfluss Desinfektion auf natürliche Weise, ein wichtiges Erfordernis bei Ansteckungs- und Erdtungsgefahr.

Original-Schachtel in allen Apotheken und Drogerien. Die Firma Dr. G. Hyber in St. Ludwig i. G. versendet gratis und portofrei eine reichhaltige Probebox mit 20 Tafelchen aus Hyber-Schokolade.

**Gewerkschaftshaus**

Sonntag, den 11. März 1916:  
**Unterhaltungsabend** der 13. Männer-Abtlg. des Turnvereins ficht zum Besten der im Felde stehenden Kollegen.

Unter gütiger Mitwirkung der Konzertführerin **Fr. Klara Friedl** und des Feldentwerfers **Batschall** vom Hoftheater in Stuttgart. Humoristische Vorträge von **Edward**.

Noch nie dagewesene turnerische Aufführungen.  
 Anfang des Konzerts 7 Uhr.

Sonntag, den 12. März 1916:  
**Deutscher Arbeiter-Wanderbund.**

Die musikalische Abteilung:  
**Klampfen-Konzert** unter Leitung des Dirigenten Herrn Vorpahl.  
 Solang: **Fr. Else Kühne** — der musikalische Clown **Gigi**.  
 Eröffnung 5 Uhr. Anfang des Konzerts 6 Uhr.

Sonntag mittag:

Ochsenchwanzsuppe	0,20	Steirische Rufe	1,00
Krautbrühe mit Einlage	0,20	Damburger Kalbssteak	1,00
Schellfisch mit Senfbutter	0,70	Sauerbraten	0,80
Pökelhähnchen mit Kraut	0,80	Semmel oder Salat	0,20
Dampfel mit Bohnen	0,80	Rohr	0,40
Suppe mit Nudeln	0,60	Speise	0,30

Heute und Sonnabend ein sehr billiger Schnellverkauf  
 nicht unter 5 Pfund.

Gr. Posten Roastbeef 1. gangig	1,80	Cervelatwurst, Salami, Teewurst	a 1/2
Ochsenfleisch	1,50	solange d. Vorrat reicht	2,50-2,80
Schellfisch, hier	2,40	Lindenburger Bratwurst, Knob.	
Ein Posten Hühn.	2,50	lauchwurst und Thüringer	1,80
Lauenburger Rülben	1,70-2,00	Halberstädter Leberwurst	2,00

Ein Posten Knochen 30 Pf. das Pfund.

**H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.**  
 Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
 Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.  
 Vortellhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
 Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
 Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.  
 Amt Npl. 3014.